

Stadtrat Nidau

PROTOKOLL

3. Sitzung des Stadtrates

12.09.2024, 18:00 – 21:15 Uhr

Aula Schulhaus Weidteile, Lyss-Strasse 34, 2560 Nidau

	Anwesend	Abwesend (entschuldigt)
Präsident	Dörig Stefan, GLP	
1. Vizepräsident	Rubin Michael, Grüne	
2. Vizepräsident	Zahnd François, FDP	
Stimmzählerin:	Meier Svenja, SVP	
Stimmzähler:	Cura Sacha, SP	
Mitglieder		Aellig Jessica, FDP
	Baumann Markus, SVP	
	Dancet René, GLP	
	Fischer Martin, FDP	
	Gabathuler Leander, SVP	
	Geiser Eliane, EVP	
	Grob Oliver, SVP	
	Induni Paolo, Grüne	
	Kallen Noemi, SP	
	Kuby Hannah, Grüne	
	Ledermann Philipp, GLP	
	Liechi Hugo, SP	
	Lützel Schwab Rickenbacher Kathleen, SP	
	Meier Christoph, Grüne	
	Meier Hans Peter, FDP	
	Münger Tamara, Mitte	
	Oehme Marlene, EVP	
	Pauli Pauline, PRR	
	Peter Luzius, SP	
	Ruef Catherine, SP	
	Schwab Martin, SP	
	Soder Tobias, GLP	
	Stampfli Christian, FDP	
	Stampfli Monika, GLP	
	Von Aesch Dominik, SP	

Der Stadtrat ist beschlussfähig.

Gemeinderat	Hess Sandra Egger Tobias Cattaruzza Beat Evard Amélie Friedli Sandra Lutz Roland Schweizer Joel
Sekretär Protokollführerin	Ochsenbein Stephan Jennings Manuela
Technik/Planton	Leyvraz Frederik
Verwaltung	Hauri Christian Jaggi Lukas Rhiner Dominik Schmid Stefan Steuri Anna Weber Patrick

5 **Traktanden**

1. Protokoll Nr. 2 vom 13. Juni 2024 - Genehmigung
2. Einbürgerungskommission - Ersatzwahl
3. Seebucht Expo Park - Kreditabrechnung
4. Zusatzabklärungen AGGLOlac - Kreditabrechnung
5. Werkleitung AGGLOlac - Planungskredit - Kreditabrechnung
6. Zwischennutzungsreglement
7. Lakelive Festival 2025 bis 2027 - Leistungsvertrag
8. Aufhebung Reglement Spezialfinanzierung Bauinventar
9. Verkehrsorganisation und Strassenraumgestaltung Gurnigel-, Kelten- und Guglerstrasse - Investitionskredit
10. Gesamterneuerung Onlineportal Stadt Nidau - Investitionskredit
11. Sanierung Looslibrücke - Investitionskredit
12. Sanierung Pumpwerk und Regenüberlaufbecken Zihlstrasse - Investitionskredit
13. Sanierung Dr. Schneider-Strasse/Schlossstrasse - Investitionskredit
14. Stellenplan – Erhöhung um 100 Stellenprozente
15. M 220 Richtlinienmotion Stellenplan um min 50 Stellenprozente reduzieren
16. M 218 Le Passeport Vacances de Bienne : accessible aux nidowiens scolarisés à Bienne
17. P 235 Postulat für die Sicherung der Kitaplätze
18. I 148 Entreprises et COVID: quelles conséquences financières ?

19. I 149 Förderabgabe auf Stromtarif
20. I 150 Massnahmen zur Erreichung der Ziele Finanzstrategie

Verhandlungen

10 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Liebe Stadtpräsidentin, Mitglieder des Gemeinderats, Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats, liebes Publikum hier und zu Hause, ich begrüsse Sie ganz herzlich zur dritten Stadtratssitzung dieses Jahres. Wir erwarten noch unsere Gäste aus Schliengen, die stehen im Stau und werden dann einfach kommen, wenn sie angekommen sind.

15 Entschuldigt hat sich für heute Stadträtin Jessica Aellig. Ich zähle deshalb 29 anwesende Mitglieder. Ich schaue zu den Stimmzählenden, können Sie diese 29 Mitglieder bestätigen? Das ist der Fall. Der Rat ist damit beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 15 Stimmen, die zwei Drittel Mehrheit beträgt 20 Stimmen.

20 Wir kommen zur Diskussion von aktuellen Fragen. Wünscht jemand aus der Ratsmitte die Diskussion einer Angelegenheit, die nicht traktandiert ist? Das scheint nicht der Fall zu sein.

25 Dann kommen wir zu den Fraktionserklärungen. Mir liegt eine Fraktionserklärung der Fraktion Grüne/EVP vor. Ich erinnere, eine Diskussion findet nicht statt. Die anderen Fraktionen haben aber das Recht, über ihre Fraktionspräsidien Stellung zu nehmen. Für die Fraktion Grüne/EVP bitte ich Christoph Meier ans Rednerpult.

30 **Fraktion Grüne/EVP, Christoph Meier:** Guten Abend. Wir alle wollen die Attraktivität der Stadt Nidau fördern. Da besteht wohl ein parteiübergreifender Konsens. Ein regelmässiger Wochenmarkt mit einem breiten Angebot gehört zu dieser Attraktivität, auch da sind wir uns, glaube ich, einig. Nun musste dieses Jahr der Wochenmarkt verschiedene Male weichen. Zuerst viele Wochen vor Baubeginn der Mittelstrasse auf den unattraktiven Bibliotheksplatz, dann wegen dem Stedtlifest und dies auch schon am Mittwoch. Und jetzt noch zu Gunsten des Festes der Kulturen. Die Stadt Nidau hat in all diesen Fällen die Prioritäten immer zu Ungunsten der Marktfahrenden gefällt. Menschen, die regelmässig zweimal wöchentlich mit grossem Einsatz wichtige Dienstleistungen für die Bevölkerung erbringen. Das Verhalten der Stadt Nidau lässt die nötige Wertschätzung vermissen, verunsichert die Marktfahrenden oder birgt sogar die Gefahr, dass sie ganz aufgeben. Die Fraktion Grüne/EVP verlangt von der Gemeinde in Zukunft dem Wochenmarkt höchste Priorität einzuräumen. Als kleine Geste den Marktfahrenden gegenüber regen wir an, dass die Gemeinde bis Ende der Bauarbeiten in der Mittelstrasse auf die Gebühren verzichtet. Wir werden heute Abend eine Motion mit diesem Inhalt einreichen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke Christoph Meier. Möchten die anderen Fraktionen Stellung beziehen? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Wir kommen somit zu den Traktanden. Die Traktandenliste wurde fristgerecht publiziert.

1. Protokoll Nr. 2 vom 13. Juni 2024 – Genehmigung

Ressort
Sitzung

Präsidiales
12.09.2024

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Wir beginnen mit der Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung. Einfach als Information, an einer Stelle wurde eine falsche Parteibezeichnung korrigiert. Ansonsten sind innerhalb der Frist keine Änderungsanträge eingegangen. Wir schreiten deshalb zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat beschliesst einstimmig bei 2 Enthaltungen:

1. Das Protokoll der 2. Sitzung vom 13. Juni 2024 wird genehmigt.

2. Einbürgerungskommission - Ersatzwahlen

	Ressort Sitzung	Präsidiales 12.09.2024
55	nid 0.1.8.4 / 1.2	

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Wir kommen zum Traktandum Nummer 2, den Wahlgeschäften. Durch die Rücktritte von Rahel Kobel und Oliver Grob, werden zwei Sitze in der Einbürgerungskommission frei. Die Fraktion Grüne/EVP schlägt als Ersatz für Rahel Kobel, Ilona Pfister zur Wahl vor. Die SVP-Fraktion schlägt als Ersatz für Oliver Grob, Tabea Volery zur Wahl vor. Gibt es andere Vorschläge? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Wir schreiten also einzeln zu den Ersatzwahlen.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig gestützt auf Artikel 52 Absatz 3 Buchstabe b der Stadtordnung in Verbindung mit Artikel 101 der Geschäftsordnung des Stadtrats:

1. Als Mitglieder der Einbürgerungskommission werden gewählt:
 - a. Ilona Pfister, Grüne
 - b. Tabea Volery, SVP
2. Die Amtsdauer läuft vom 13. September 2024 bis am 31. Dezember 2025.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Herzlichen Glückwunsch.

3. Seebucht Expo Park - Kreditabrechnung

	Ressort Sitzung	Präsidiales 12.09.2024
75	nid 6.1.4 / 36.1	

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Wir kommen damit zu den Sachgeschäften, die Traktanden 3 bis 5. Wie im Vorfeld mit den Fraktionspräsidien abgestimmt, werden wir für die drei Kreditabrechnungen im Zusammenhang mit dem gescheiterten Projekt AGGLOlac eine Diskussion führen. Um juristisch auf der sicheren Seite zu sein, werden wir nach der Diskussion über die drei Geschäfte aber einzeln abstimmen. Das heisst, wir werden zuerst eine Diskussion führen zu den Traktanden 3, 4 und 5. Seebucht, Expo-Park, Zusatzabklärungen AGGLOlac und Werkleitung AGGLOlac. Das sind jeweils Kreditabrechnungen. Das Eintreten auf die Geschäfte kann nicht bestritten werden und darum werde ich das Wort gleich an die Stadtpräsidentin Sandra Hess übergeben, welche sich zu allen drei Geschäften kurz äussern wird.

Stadtpräsidentin, Sandra Hess: Sehr geehrter Herr Stadtratspräsident, liebe Stadträtinnen und liebe Stadträte. Ich mache es wirklich ganz kurz und möchte nur einen Hinweis machen. Wenn Sie die drei Kreditgeschäfte anschauen, dann machen Sie eine Reise zurück in die Vergangenheit und auch eine Reise zurück in die Anfänge des Projekts AGGLOlac, das vorher eben noch Expo-Park hiess. Wenn Sie sich geachtet haben, im ersten Kreditgeschäft, sehen Sie, dass im Jahr 2001 mein Vorvorgänger, Johann Lampart, 265 000 Franken Planungskredit beantragt hat, um die planungsrechtlichen Grundlagen, eine Idee zu entwickeln, was man auf diesem Areal machen könnte. Heute 23 Jahre später, sind aus diesen 265 000 Franken mehr als 10 Millionen Franken geworden, die Gott sei Dank nicht auf die Rechnung der Stadt Nidau gehen, aber es ist trotzdem eindrücklich, wenn man sieht, wie sich so ein Projekt kostenmässig entwickelt hat. Zu den drei verschiedenen Abrechnungen sage ich nichts. Ich glaube, das konnten wir alles in der GPK anschauen und klären. Für Fragen stehe ich natürlich selbstverständlich zur Verfügung.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Vielen Dank Sandra Hess. Für die eben erwähnte Geschäftsprüfungskommission hören wir Käthy Lützelschwab.

Sprecherin GPK, Käthy Lützelschwab: Guten Abend. Die GPK stellt fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen. Der Kostenrahmen wurde jeweils eingehalten, obwohl es beim ersten Geschäft - dort geht es um die Seebucht - relativ hohe Abweichungen gab. Die GPK ist zudem zufrieden, dass ihre Empfehlungen, die alten Kredite zu schliessen, befolgt und jetzt schnell umgesetzt wird. Wir haben nämlich von Seiten Stadt Nidau die Bereitschaft gehört, alle fälligen Kreditabrechnungen sogar noch in diesem Jahr zu erledigen.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Vielen Dank. Wir hören die Fraktionen an. Zuerst die Fraktion Grüne/EVP, Michael Rubin.

Fraktion Grüne/EVP, Michael Rubin: Guten Abend geschätzte Anwesende hier im Saal und zu Hause. Die Fraktion Grüne/EVP wird diesen Kreditabrechnungen einstimmig zustimmen.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Als Sprecher der SVP-Fraktion hören wir Markus Baumann.

SVP-Fraktion, Markus Baumann: Guten Abend. Auch die SVP-Fraktion wird diesen Kreditabrechnungen einstimmig zustimmen.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Bitte für die SP-Fraktion Sacha Cura.

SP-Fraktion, Sacha Cura: Die SP-Fraktion nimmt diese Geschäfte ebenfalls an.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Für die Bürgerliche Fraktion, Martin Fischer.

Bürgerliche Fraktion, Martin Fischer: Guten Abend. Die Bürgerliche Fraktion nimmt diese Geschäfte einstimmig an.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Und für die Grünliberale Fraktion, Philipp Ledermann.

GLP-Fraktion, Philipp Ledermann: Guten Abend. Auch wir von der Fraktion Grünliberale Partei stimmen diesen Punkten 3, 4 und 5 zu. Ich möchte einfach noch mitgeben, so wie es aussieht

und wie wir es auch einschätzen, sind wir als Stadt Nidau noch mit einem blauen Auge davon gekommen mit dem Ende dieses AGGLOlac Projekts. Wir sind aber der Meinung, dass dieses Gebiet weiterentwickelt werden soll. Es soll sinnvoll weiterentwickelt werden und die Chance ergriffen werden auch eventuelle neue Steuereinnahmen generieren zu können. Vielen Dank.

135

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Vielen Dank. Möchte jemand aus der Mitte des Stadtrats noch etwas dazu sagen? Möchte der Gemeinderat noch etwas dazu sagen? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über die erste Kreditabrechnung Seebucht Expo-Park.

Stadtratsbeschluss

140

Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe h der Stadtordnung:

1. Die Abrechnung über das Projekt «Seebucht Expo-Park» wird genehmigt.

4. Zusatzabklärungen AGGLOlac - Kreditabrechnung

Ressort
Sitzung

Präsidiales
12.09.2024

nid 0.2.4.2 / 1.9

145

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Wir kommen zur Abstimmung über die zweite Kreditabrechnung - Zusatzabklärungen AGGLOlac. Wer die Abrechnung über das Projekt «Zusatzabklärungen AGGLOlac» genehmigen möchte, möge sich bitte erheben.

Stadtratsbeschluss

150

Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe h der Stadtordnung:

1. Die Abrechnung über das Projekt «Zusatzabklärungen AGGLOlac» wird genehmigt.

5. Werkleitung AGGLOlac - Planungskredit - Kreditabrechnung

Ressort
Sitzung

Tiefbau und Umwelt
12.09.2024

nid 6.3.1 / 7.1

155

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Kommen wir zur dritten Kreditabrechnung. Wer die Abrechnung über das Projekt «Werkleitung AGGLOlac – Planungskredit» genehmigen möchte, möge sich bitte erheben. Auch die vorliegende Abrechnung ist einstimmig genehmigt.

Stadtratsbeschluss

160

Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe h der Stadtordnung:

1. Die Abrechnung über das Projekt «Werkleitung AGGLOlac – Planungskredit» wird genehmigt.

6. Zwischennutzungsreglement

Ressort
Sitzung

Präsidiales
12.09.2024

nid 0.1.5.2 / 4

165

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Nachdem wir jetzt alle warm geworden sind, gehen wir zu Traktandum 6, dem Zwischennutzungsreglement. Wird das Eintreten auf das Geschäft bestritten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit übergebe ich das Wort an die zuständige Stadtpräsidentin, Sandra Hess.

Stadtpräsidentin, Sandra Hess: Vielen Dank Herr Stadtratspräsident. Liebe Stadträtinnen und Stadträte, nachdem die Gemeindeinitiative 2022 für Zwischennutzungen auf dem ehemaligen Expo-Areal zustande gekommen ist, hat der Stadtrat auf Antrag des Gemeinderats entschieden, diese Initiative so umzusetzen, dass man ein Zwischennutzungsreglement ausarbeitet. Das Reglement ist das, welches Ihnen heute zum Beschluss vorliegt. Das Reglement geht von einer Prämisse aus. Und zwar, dass das Reglement erarbeitet wird, ohne planungsrechtliche Anpassungen vornehmen zu müssen. Das heisst, dass das Reglement auf den heute gültigen Bestimmungen umgesetzt werden soll. Dass man diese nicht ändert, dass man die Nutzungsplanung nicht ändert. Und dass man auch, wenn man Bewilligungen für Akteure erteilt, die dort im Rahmen von Zwischennutzungen Bauten erstellen wollen, diese keine Baubewilligung brauchen. Weil von da an, wird es einfach kompliziert. Diese wichtige Voraussetzung, diese Prämisse, hat eigentlich rasch zur Erkenntnis geführt, dass der Perimeter sehr eingegrenzt ist und sich faktisch auf Parzelle 139 beschränkt - also auf diesen berühmten «Kiesplatz», wie ich ihn gerne nenne, damit wir wissen, wovon wir reden. Alles andere hätte eben dazu geführt, dass wir unsere baurechtliche Grundordnung und auch unsere Nutzungsplanung hätten anpassen müssen. Und wenn das passiert, dann sind wir quasi in einer Teilortsplanungsrevision. Und wie lange das dauert und was das planerisch für eine Grossübung ist, das muss ich Ihnen nicht sagen. Das haben wir in den letzten Jahren ja in verschiedenen Stadtgebieten durchgespielt. Darum beschränkt sich das Reglement auf die Parzelle 139. Diese gehört bekanntlich der Stadt Biel. In Bezug auf die Zuständigkeiten heisst das nichts anderes, als dass Nidau die baurechtlichen Festlegungen machen kann. Alles andere ist Sache der Stadt Biel. Anders gesagt, Nidau legt die Spielregeln fest und das Spiel macht nachher die Stadt Biel. Sie sind auch verantwortlich für die Erstellung der Infrastruktur, weil das Sache des Grundeigentümers ist. Wobei da muss ich sagen, es ist schon recht viel vorhanden noch von der Expo her. Die Stadt Biel geht auch davon aus, sie waren natürlich auch in diesen Prozess eingebunden, dass eigentlich die Zwischennutzungen, die dort stattfinden, im Rahmen der bestehenden Infrastruktur abgehalten werden können. Ebenfalls ist die Stadt Biel zuständig für die Vermietung. Sie legen fest, wer dort im Rahmen einer Zwischennutzung das Terrain mieten kann. Sie legt fest zu welchen Konditionen, sie sagt wie lange und auch die Einnahmen gehen an die Stadt Biel. Was aus Sicht der Stadt Nidau möglich war, das haben wir mit diesem Zwischennutzungsreglement gemacht. Es ermöglicht - damit man sich das vorstellen kann - so etwas wie durch die Bar bekannt ist, die das ganze Jahr ohne Baubewilligung dort sein kann. Das ist neu, das war früher nicht so. Anhand dieser Erfahrungen, die man gemacht hat für die Bewilligung, die wir dort erteilen konnten, hat man sich in der Erarbeitung des Zwischennutzungsreglements auch orientieren können. Auf ausdrücklichen Wunsch der Stadt Biel ist es so, dass im Zwischennutzungsreglement auch steht, dass künftige Zwischennutzungen die Durchführung des Lakelive Festivals und auch vom Zirkus Knie nicht verhindern dürfen. Das heisst nichts anderes, als dass künftige Akteure sich mit diesen zwei grossen Akteuren, Lakelive und Knie, absprechen müssen und dass die verschiedenen Nutzungen sich gegenseitig nicht verhindern dürfen. Das schränkt eine Dauerpräsenz auf diesem Areal ein, das ist ganz klar. Andererseits reden wir von Zwischennutzungen. Von dem her gehe ich davon aus, dass es doch möglich sein müsste in den restlichen neun Monaten dort etwas zu machen. Oder auch wiederkehrend etwas machen zu können. Das wäre hingegen eben alles wieder möglich im Rahmen des Zwischennutzungsreglements. Sie

werden es bei einem späteren Traktandum auch noch sehen, wenn es um den Leistungsvertrag mit dem Lakelive geht. Dort ist auch festgehalten, dass sie ebenfalls auf andere Akteure Rücksicht nehmen müssen. Man hat dort bestmöglich dafür gesorgt, dass ein Nebeneinander und Aneinander-Vorbei möglich ist im Rahmen von diesem Zwischennutzungsreglement. Wir sind überzeugt, dass wir im Rahmen des Möglichen alles gemacht haben, damit Zwischennutzungen möglich sind. Ich muss aber auch klar sagen, wie es schon bei AGGLOlac immer war. Nidau sagt planerisch, was auf diesem Platz möglich ist. Was dann tatsächlich umgesetzt wird, das ist dann eben die Sache der Stadt Biel. Letztlich sind dort einfach zwei verschiedene Organe oder zwei verschiedene Städte auf dem Expo-Areal. Man sich dort wirklich einig sein, was man will. Damit ist auch gesagt, Nidau ist bereit, diesen Aufwand zu leisten. Es gibt Aufwand, wenn Veranstaltungsanfragen reinkommen, das ist ganz klar. Wie viel das sein werden, das werden wir sehen. Wir sind im Moment bereit und sagen auch im Rahmen vom bisherigen Aufwand müsste es möglich sein, dass wir das leisten können, ohne dass wir personelle Ressourcen aufstocken müssen. Sollte es sich aber irgendwann so grosser Beliebtheit erfreuen, dass wir da sehr grossen Aufwand haben in der Stadt Nidau, müssten wir schauen, ob wir allenfalls mit einem Antrag auf Sie zukommen müssten, damit wir dort mehr Ressourcen zur Verfügung bekommen. Die Einnahmen - das sage ich hier für die Transparenz auch noch einmal - die dort aus Vermietung etc. erzielt werden, die gehen an die Stadt Biel. Ich bin trotzdem sicher, dass wir ein gutes Regelwerk gefunden haben. Ein Regelwerk, das es ermöglicht, dass die Branche das ganze Jahr für verschiedene Veranstaltungen genutzt werden kann. Und ich weiss, ich habe es im Vorfeld schon gehört, es gibt natürlich Leute oder Gruppierungen, die etwas unzufrieden oder enttäuscht sind und sich etwas mehr erhofft haben. Aber ich muss sagen, ich bin überzeugt, dass wir wirklich ein Instrument gefunden haben, damit wir die Zwischennutzungen regeln können im Rahmen von dem, was möglich ist. Ich muss es halt hier auch sagen, auf einer fremden Parzelle. Es ist nicht die Parzelle der Stadt Nidau. Trotzdem bitte ich Sie, diesem Zwischennutzungsreglement zuzustimmen. Ich bin überzeugt, wir haben da eine gute und pragmatische Lösung gefunden, um eine provisorische Nutzung dieses Areals in den nächsten Jahren sicherstellen zu können. Die definitive Lösung, die braucht dann definitiv viel mehr Zeit.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke Sandra Hess. Für die Geschäftsprüfungskommission hören wir Pauline Pauli. Und nachher in der Reihenfolge SP-Fraktion, Bürgerliche, SVP, Grünliberale, Grüne/EVP.

Sprecherin GPK, Pauline Pauli: Vielen Dank Herr Stadtratspräsident. Guten Abend. Die Geschäftsprüfungskommission hat alle Unterlagen und alle nötigen Antworten für die Analyse erhalten. Wir übergeben das Geschäft einstimmig an den Stadtrat. Wir haben jedoch zwei Bemerkungen dazu. Zuerst zur besonderen Situation. Ein Grundstück von einer Gemeinde, das auf der Fläche einer anderen Gemeinde steht - unter diesen besonderen Umständen begrüsst die Kommission die Tatsache, dass eine gute und pragmatische Lösung gefunden werden konnte. Trotzdem möchte die Kommission daran erinnern und festhalten, dass die Stadt Biel keine Zustimmung gegeben hat für die künftigen Investitionen.

255

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Vielen Dank. Für die SP-Fraktion hören wir Luzius Peter.

SP-Fraktion, Luzius Peter: Guten Abend. In der SP-Fraktion hatten wir eine sehr angeregte Diskussion über dieses Zwischennutzungsreglement. Einerseits begrüssen wir es, dass etwas gemacht wurde und das relativ schnell. Das ist gut. Hingegen, wenn wir im Detail schauen, haben wir festgestellt, dass potenzielle Projekte verhindert werden können durch diesen Passus, dass

260

wir für Grossanlässe, wie Lakelive und Zirkus Knie, den Platz wieder räumen müssen. Der Platz, die Parzelle 139, ist rund 16 500 Quadratmeter gross. 15 000 Quadratmeter werden beansprucht. Die Bar hat auch schon 700 Quadratmeter und so bleibt nicht mehr viel für andere Nutzende. Das
265 heisst, dass möglicherweise Nutzende gar nicht einsteigen wollen. Wenn man es dazwischen im Juni, Juli und auch im August abbauen muss, ist es nicht mehr sehr interessant, etwas zu machen. Sandra Hess hat gesagt, dass man es in 9 von 12 Monaten im Jahr nutzen kann. Jedoch sehen wir es in den Wintermonaten nicht so, wie man da etwas machen kann. Also bleiben eigentlich 5 bis maximal 6 Monate übrig. Der andere Punkt, den wir bemängeln, ist, dass es nur auf
270 Parzelle 139, auf diesen Kiesplatz beschränkt ist und nicht - wie im Partizipationsverfahren gewünscht wurde - ausgeweitet wird auf andere umliegende Parzellen. Das würde nämlich dann einen viel grösseren Spielraum eröffnen für neue Projekte. Aus diesem Grund werden wir diesem Zwischennutzungsreglement teilweise zustimmen. Wir werden auch einen konstruktiven Rückweisionsantrag stellen, in dem wir verlangen, dass gewisse Punkte noch genauer angeschaut werden.
275 den.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. In der Zwischenzeit sind unsere Gäste aus Schliengen eingetroffen, herzlich willkommen. Wir fahren fort mit dem Sprecher der Bürgerlichen Fraktion, François Zahnd.
280

Bürgerliche Fraktion, François Zahnd: Guten Abend. Es ist etwas schwierig, da ich etwas befangen war, als ich das Geschäft studierte, und fand es ist ein grosser Aufwand für einen kleinen Ertrag. Es gab immerhin Informationsabende und viele Leute, die sich eingebracht haben mit Ideen. Letztlich hat das auch ein paar Zehntausend Franken gekostet. Am Schluss kam man auf
285 ein Resultat, das man schon vorher hätte wissen können und das Partizipative hätte man sich grundsätzlich sparen können. Man liess dort falsche Hoffnungen aufkommen und ich denke, viele Leute, die dort auch ihre Freizeit aufgewendet habe, um sich einzubringen, werden sehr enttäuscht sein. Im Allgemeinen favorisiere ich persönlich auch die Zwischennutzung, weil so wie es jetzt dasteht, ist es nicht gut. Aber bei uns in der Fraktion wurde das auch sehr kontrovers diskutiert. Wir werden es auch zum Teil annehmen und zum Teil werden wir auch den Rückweisionsantrag unterstützen.
290

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Für die SVP-Fraktion, bitte Leander Gabathuler.

SVP-Fraktion, Leander Gabathuler: Guten Abend und guten Abend auch an unsere lieben Gäste aus Schliengen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, mehrere von Ihnen haben bei der Mitwirkung intensiv mitgearbeitet. Wir hatten dort mehrheitlich einen positiven Eindruck. Die Gemeinde hat sich sehr viel Zeit genommen, um sachliche und sehr interessante Inputs von allen Stakeholdern entgegenzunehmen und zu sammeln. Besten Dank an alle, die dort mitgewirkt haben. Ich
300 sehe es aber auch so, wie François Zahnd vorhin gesagt hat. Wenn wir schauen, was uns vorliegt, dann ist eine gewisse Ernüchterung da, weil wir feststellen müssen, dass sehr viele Anliegen, die in den Mitwirkungen genannt wurden, sich im Reglement nicht wiederfinden. Positiv ist, dass man etwas gemacht hat und die Grundlage geschaffen hat, eine Diskussionsbasis zu haben. Wenn man zum Beispiel schaut, dass in den meisten Workshops genannt wurde, warum man es nicht
305 auf andere Parzellen ausweitet, dann sehe ich von Seiten der Gemeinde keinen grossen Effort, dies wirklich ernsthaft zu prüfen. Was uns heute vorliegt, wenn wir es mit der aktuellen Situation vergleichen, dann ist es aus unserer Sicht nicht wirklich ein Fortschritt. Wir befürchten sogar, dass das Reglement wie es heute vorliegt, Zwischennutzungen und Grossveranstaltungen gegeneinander ausspielt. Nicht aus Bösartigkeit, sondern eben, wir haben es gehört, weil die Parzelle -

310 obwohl sie recht gross ist - für Grossveranstaltungen recht viel Platz braucht. Aus unserer Sicht
war das nicht die Idee von allen, die damals die Volksinitiative unterschrieben haben. Es war
glaube ich auch nicht die Idee der Initianten und auch nicht vom Stadtrat. Er hat ja vor einiger
Zeit fast einstimmig den Auftrag für die Erstellung dieses Reglements gegeben. Ziel und Zweck,
315 dass wir uns das wieder vor Augen halten, sollte es sein, dass auf diesem Areal zeitnah coole Pro-
jekte entstehen können für und von der Bevölkerung. Das Resultat mit der Annahme des Regle-
ments ist unserer Befürchtung nach möglicherweise das Gegenteil. Das können wir so nicht un-
terstützen. Aus diesem Grund werden wir den Rückweisungsantrag, der vorhin erwähnt wurde,
unterstützen. Dieser fordert kurz zusammengefasst, dass der Gemeinderat eine andere Parzelle
prüft. Dies in Ergänzung - oder meiner Meinung nach auch «stattdessen» - nur der Parzelle 139.
320 Das können auch unsere Parzellen sein von Nidau. Die Mieteinnahmen würden zu uns gehen und
wir wären nicht mehr von der Stadt Biel abhängig und würden auch nicht gross die Veranstaltun-
gen auf 139 konkurrenzieren.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke Leander Gabathuler. Für die Grünliberale Fraktion,
325 Tobias Soder.

GLP-Fraktion, Tobias Soder: Werte Stadtpräsidentin, werter Stadtratspräsident, werter Mitglie-
der von Gemeinde- und Stadtrat und natürlich auch werter Gäste, speziell auch die Gäste aus
Schliengen. Die GLP-Fraktion begrüsst es, dass wir heute über ein Zwischennutzungsreglement
330 sprechen. Es ist bitternötig, dass wir uns um das ehemalige Expo-Areal kümmern und die Brache
so gut wie möglich beleben, bis ein neues konkretes Projekt auf dem Tisch liegt. Wir sind aber
überzeugt, dass wir das vorliegende Zwischennutzungsreglement nicht einfach nur durchwinken
sollten, damit wir ein Reglement haben und damit ein Task von der Liste abgehakt ist. Sondern
das Reglement sollte durchdacht und transparent sein. Zwischennutzungen sollen gleichermassen
335 für Grossanlässe, wie auch für kleine weniger kommerzielle Player möglich sein. So wird es auf
dem ehemaligen Expo-Areal auch nicht langweilig. Der Rückweisungsantrag der SP-Fraktion
adressiert einige Punkte, die im Reglement noch verbessert werden müssen, damit das Potenzial
für Zwischennutzungen auch wirklich ausgeschöpft wird. Auch wenn die GLP-Fraktion bedauert,
dass nochmal eine Runde gedreht werden muss und sich die Belebung des Areals damit vielleicht
340 noch weiter verzögert, werden wir dem Antrag einstimmig zustimmen.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Für die Fraktion Grüne/EVP, Hannah Kuby.

Fraktion Grüne/EVP, Hannah Kuby: Guten Abend auch von mir, liebe Stadtpräsidentin, werter
345 Gemeinderat, Stadtratspräsident und natürlich auch unsere Gäste aus Schliengen, die heute da
sind. Die Fraktion Grüne/EVP hat das Reglement kritisch durchgeschaut. Vor allem die Reservati-
onsfläche von 15 000 Quadratmeter für Grossveranstalter lässt wirklich nicht mehr viel Platz, wie
die SP schon gesagt hat. Die Parzelle selbst ist knapp 1500 Quadratmeter grösser. Jedoch ist ein
Teil davon noch Strasse, also müssen noch Strassenabstände betrachtet werden. Im Endeffekt
350 hat dort drauf als länger dauernde Zwischennutzung, die nicht für jede Grossveranstaltung zu-
rückgebaut werden muss, die Bar Platz. So wie wir es sehen, ändert sich mit diesem Zwischen-
nutzungsreglement nicht viel. Ausser vielleicht die etwas vereinfachte Genehmigung für die Bar.
Wir fanden auch, dass die Begründung, weshalb die anderen umliegenden Parzellen nicht genauer
abgeklärt wurden, etwas mangelhaft. Das kam nicht aus dem Text der Vorlage hervor. Es stand
355 einfach, es werfe Fragen auf. Aus diesen Gründen, wird auch die Fraktion Grüne/EVP diesem Reg-

lement - das wir sehr begrüßen, damit es vereinfacht wird, dort auf dieser Parzelle Zwischennutzungen zu machen - grossmehrheitlich zustimmen. Aber auch wir sehen Verbesserungspotenzial und werden uns dem Rückweisungsantrag der SP anschliessen.

360 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke. Es liegt somit ein Antrag auf Rückweisung vor. Gibt es weitere Anträge, die jetzt schon bekannt gegeben werden möchten? Dies ist nicht der Fall. Dann werden wir jetzt die Rückweisung behandeln. Dafür möchte ich gerne Noemi Kallen das Wort geben.

365 **SP-Fraktion, Noemi Kallen:** Guten Abend werte Stadtpräsidentin, werte Gäste. Ich wurde jetzt doch grad etwas nervös, als ich erfahren habe, dass ich vor den Gästen aus Deutschland den Antrag vorlesen muss. Der Antrag lautet: Das vorliegende Zwischennutzungsreglement wird wie folgt angepasst. Artikel 7, Absatz 3 ist zu präzisieren. Wie wird die zu leistende Sicherheit bemessen oder definiert und woraus berechnet sich diese? Dauer, Nutzung oder Anzahl der genutzten
370 Quadratmeter etc. Es sollen Erleichterungen für nichtkommerzielle Projekte berücksichtigt werden. Artikel 8 Absatz 2 ist ersatzlos zu streichen. Wir möchten gerne zusätzliche Abklärungen machen lassen. Einige Fraktionssprecher haben es schon erwähnt, dass in der Begründung oder in der Antwort des Gemeinderats nicht ganz alles klar aufgezeigt wurde. Eine Ausdehnung des Geltungsbereichs ist unter Einbezug der Parzellen 17, 40, 483, 500 und 897 nochmals zu prüfen. Es
375 ist abzuklären, ob bei einer Erweiterung des Perimeters ein Planverfahren ausgelöst werden muss. Bei Bedarf, mittels Anfrage an das Regierungsstatthalteramt oder Amt für Gemeinden und Raumordnung. Es soll geprüft werden, wie viel bzw. welche Parzellen mit einbezogen werden können, ohne dass ein formelles Planverfahren ausgelöst wird. Dann haben wir noch weitere Punkte, über die wir gerne eine Berichterstattung möchten. Es ist abzuklären, welche Zwischennutzungen
380 auf den einzelnen genannten Parzellen bewilligungsfähig sind. Es soll aufgezeigt werden, was der Einbezug weiterer Parzellen für Auswirkungen auf das vorgelegte Reglement und dessen Zeitplan zur Inkraftsetzung hat. Anhand des Beispiels der Städte Bern, Thun und Burgdorf ist aufzuzeigen, wie ein Zwischennutzungsartikel im kommunalen Baureglement die temporäre Nutzung von Parzellen erleichtern könnte. Die Berichterstattung kann unabhängig von einem neuen Entwurf oder
385 einer Anpassung des Zwischennutzungsreglements, inklusiv Varianten, im Stadtrat erfolgen. Es wird gewünscht, dass die Berichterstattung zuvor behandelt wird. Die Berichterstattung der Prüfung der weiteren Punkte soll bis spätestens in der Sitzung des Stadtrats vom 20. März 2025 oder 19. Juni 2025 bereit liegen. Das überarbeitete Reglement sowie ein Entwurf mit Varianten unter der Berücksichtigung des erweiterten Geltungsbereichs und der geforderten Abklärung sollen
390 schnellstmöglich, jedoch spätestens in einem Jahr dem Stadtrat vorgelegt werden. Begründung: Das vorgelegte Zwischennutzungsreglement wird begrüsst und geht in die richtige Richtung. Das Reglement soll in dieser Form weiterverfolgt und ergänzt werden. Leider wurden im Reglement relevante Punkte aus dem partizipativen Verfahren und das Feedback des Initiativkomitees nur teilweise oder nicht berücksichtigt. Aus diesen Gründen liegt obenstehender Antrag zur Überarbeitung und weiteren Prüfung des Geschäfts vor. Danke.
395

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Vielen Dank Noemi Kallen. Gibt es bereits Ergänzungen aus dem Stadtrat? Bitte Noemi Kallen als Mitglied des Stadtrats und nicht der SP.

400 **Noemi Kallen, SP:** Genau. Ich habe noch eine persönliche Ergänzung. Zwar haben wir vorhin gehört, die Stadtpräsidentin hat es gesagt, die Nutzenden auf dem Gelände kommen jetzt sehr gut aneinander vorbei. Die Bar als Zwischennutzung und das Lakelive als Grossveranstaltung.

Das zeigt ja, dass es funktionieren kann und dass auch die Erweiterung des Reglements funktionieren kann. Ich persönlich finde, es ist eine einmalige Chance das Zwischennutzungsreglement.
405 Wir sind schon ein paar Jahre dran und haben damals mit einer Motion angefangen. Die kam leider im Stadtrat nicht durch. Dann haben wir die Initiative gemacht, die eigentlich auf grosse Zustimmung der Bevölkerung getroffen ist. Im Stadtrat kam es vor 2 Jahren auch durch. Ich fände es einfach unglaublich schade, wenn das Potenzial nicht wahrgenommen wird. Ich finde, nach 40 Jahren Vakuum kann man sich eigentlich diese Zeit auch noch nehmen, damit man innovative
410 Ideen und schöne Visionen entstehen lassen kann.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Gibt es weitere Voten aus dem Stadtrat? Bitte Pauline Pauli.

415 **Bürgerliche Fraktion, Pauline Pauli:** Vielen Dank Herr Stadtratspräsident. Die Bürgerliche Fraktion nimmt soeben Kenntnis von diesem Rückweisungsantrag. Ist es möglich, die Sitzung zu unterbrechen, damit wir darüber diskutieren können, bevor wir eine Entscheidung treffen?

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Das ist eine gute Idee. Ich schaue auch zum Gemeinderat.
420 Ist es in Ordnung? Wenn es nicht explizit Gegenstimmen gibt gegen einen kurzen Sitzungsunterbruch, dann würden wir dies machen. Wir machen einen kurzen Sitzungsunterbruch für fünf Minuten.

[Sitzungsunterbruch fünf Minuten]

425 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen sich wieder zu setzen. Wir fahren mit der Beratung weiter und ich möchte das Wort gleich zuerst an die Stadtpräsidentin Sandra Hess geben.

430 **Stadtpräsidentin, Sandra Hess:** Ja, liebe Stadträtinnen und Stadträte. Ich habe diesen Rückweisungsantrag soeben das erste Mal gesehen. Ich kann einfach gerade mal auf den ersten Blick sagen - es ist ein umfangreicher Forderungskatalog - ich kann nicht auf die einzelnen Forderungen eingehen. Was ich aber sagen kann zum Zeitplan, die Berichterstattung und Prüfung der weiteren Punkte bis spätestens Sitzung Stadtrat 20. März 2025 oder Juni 2025, das ist absolut unmöglich.
435 Das werden wir nicht einhalten können. Das können Sie hier beschliessen, aber ich muss Ihnen gleich sagen, dass wir das nicht werden einhalten können. Ohne auf die einzelnen Punkte einzugehen, kann ich nochmal wiederholen, was ich schon gesagt habe. Wir haben einfach einen grossen Teil Parzellen, die zum Teil sehr zerstückelt in verschiedenen Zonen sind. Die sind zum Teil in der Industriezone und sie sind in der Wohnzone. Parzelle 139 ist in der Wohnzone. Fast alles rundherum ist in der Industriezone. Es ist also klar, dass wenn wir es ausweiten - das hat uns auch der Anwalt immer wieder gesagt im Rahmen dieses Prozesses - wird es einfach sehr kompliziert und wir sind sehr schnell in einer Nutzungsplanungsrevision. Was das auf der Zeitachse bedeuten würde, das muss ich Ihnen nicht sagen. Ich habe nicht geschaut, welche Parzelle in welchem Besitz ist, aber vorne am See sind die Besitzverhältnisse sehr komplex. Sie können sicher
445 sein, dass da noch mehrere Parzellen der Stadt Biel betroffen sind. Das ist einfach sehr schwierig, auch in der Zusammenarbeit mit der Stadt Biel. Nicht weil Biel schwierig wäre, sondern weil es einfach verschiedene Zuständigkeiten sind und es schwierig ist, wenn zwei Städte etwas zusammen entwickeln möchten. Wir haben das schon mal gemacht. 2001 haben wir angefangen, eine gemeinsame Vision zu entwickeln. Respektive 2009 und sie haben vorhin gesehen, was das hiess.
450 10 Jahre Planung, 10 Millionen Franken. Ich sage nicht, dass es so ausarten muss. Aber es ist

einfach klar, dass man so etwas - auch wenn man es sich noch so wünscht - auch für ein Zwischennutzungsreglement nicht auf pragmatische Art und Weise machen kann. Wenn man etwas auf pragmatische Art und Weise machen will, dann ist es das, was Ihnen hier vorliegt. Das Zwischennutzungsreglement. Falls dieser Antrag durchkommen würde, bekomme ich das Wort nicht mehr. Darum möchte ich hier doch noch auf ein paar Punkte eingehen, die vorhin gesagt wurden. Ich habe den Vorwurf gehört, man habe mit partizipativen Veranstaltungen falsche Hoffnungen geweckt. Nein, da muss ich hier ganz entschieden entgegentreten. Genau das haben wir nicht. Wir haben von Anfang an gesagt, dass wir uns auf Parzelle 139 fokussieren. Wir haben aber mit den Leuten gesprochen und zugehört, was sie sich dort für Nutzungen vorstellen. Und natürlich sind die Wünsche nach oben offen. Ich kann das auch verstehen, wenn man gefragt wird, was man dort gerne machen würde. Man zählt alles auf, was man sich vorstellt, das ist ganz klar. Aber in der Realität muss es umgesetzt werden können. Das haben solche partizipativen Veranstaltungen an sich. Man macht sich sehr schnell auch falsche Vorstellungen oder Hoffnungen, dass etwas möglich wäre, was man schon lange realisieren möchte. Diese Leute müssen sich ja dann nicht mit der Realität auseinandersetzen, welche Parzelle wem gehört und wo welche baurechtliche Grundordnung festgelegt ist. Das ist auch nicht ihre Aufgabe, das ist unsere. Aber ja, das ist leider so. Es kommt so raus, dass man sagen muss, danke wir haben Ihre Wünsche aufgenommen, wir hören und verstehen Sie, aber in der Realität müssen wir jetzt ein Reglement erarbeiten, das man auch anwenden kann. Und zwar eines, das Sie anwenden können, sobald es in Kraft ist. Wenn Sie heute Abend grünes Licht geben, dann ist es relativ schnell in Kraft und dann haben Sie etwas. Ich habe von Leander Gabathuler auch gehört, man sollte etwas machen, was zeitnah coole Projekte ermöglicht. Also wenn Sie das wollen, zeitnah, dann müssen Sie jetzt diesem Zwischennutzungsreglement zustimmen. Wenn Sie das jetzt zurückweisen und in eine Zusatzschleife schicken, dann machen Sie natürlich - nebst dem, dass Sie sehr viel Arbeit und Planungsarbeit auslösen - es wird übrigens auch wieder Geld kosten und Sie schieben die ganze Sache auch auf der Zeitachse wieder nach hinten. Ich könnte noch viel dazu sagen, aber ich kann es eigentlich in zwei Sätzen sagen. Sie können sich überlegen, was Sie möchten: Entweder wollen Sie, dass sehr schnell, auf pragmatische Art und Weise, coole Projekte möglich sind. Von dem Moment an, wenn das Reglement in Kraft ist. Wenn das fakultative Referendum nicht ergriffen wird, wäre das innerhalb der nächsten 30 Tage. Wenn Sie das nicht wollen, es jetzt zurückschicken und sagen, wir sollen uns nochmal Gedanken machen, dann kann ich Ihnen sagen, wird es so enden, dass wir uns die nächsten fünf Jahre - das würde ich jetzt mal sagen - wahrscheinlich damit befassen, wie wir das Areal in Zukunft provisorisch nutzen wollen. Ich wäre eher dafür, dass Sie es jetzt in Kraft setzen und wir uns Gedanken machen können, wie wir das Areal in Zukunft definitiv nutzen wollen. Aus meiner Sicht macht es keinen Sinn, das zurückzuschicken. Wenn Sie das wollen, können wir es gerne machen, es wird aber seine Zeit brauchen. Ich empfehle Ihnen, wenn Sie den Worten und Wünschen auch Taten folgen lassen wollen, dann setzen Sie das Reglement doch jetzt so in Kraft. Dann können wir schauen, was wir mit den anderen Parzellen machen und wie wir das Areal weiterentwickeln wollen.

490

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke Sandra Hess. Die Diskussion ist nun für alle Mitglieder des Stadtrats offen. Bitte Noemi Kallen.

Noemi Kallen, SP: Ich möchte nur noch sagen, dass wir einen klar formulierten Auftrag gestellt haben mit klar formulierten Fragen, was beantwortet werden sollte. Und ich habe das Gefühl, wenn der Wille des Gemeinderats auch da ist, kann man das in irgendeiner Form auch in der Berichterstattung beantworten.

495

500 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke. Gibt es weitere Voten? Bitte Tobias Soder.

Tobias Soder, GLP: Ja, ich denke es geht hier um die Nachvollziehbarkeit. Ich glaube im Rückweisungsantrag steht nicht, dass wir wollen, dass eine Zonenplanänderung gemacht wird. Es steht auch nicht, dass es einfach wird. Schwierig heisst auch nicht unmöglich. Es geht im ersten Moment um eine Prüfung. Ich glaube, man hat die Chance verdient, dass es nachvollziehbar ist, warum gewisse Nutzungen auf gewissen Parzellen auf keinen Fall möglich sind. Oder dass man nachvollziehen kann, dass man dort tatsächlich eine Zonenplanänderung machen müsste. Das war für uns so nicht möglich. Wenn Sie mehr Zeit brauchen - jedenfalls für den Prüfungsauftrag - dann wäre ich froh, wenn Sie jetzt sagen, bis wann Sie Zeit brauchen. Oder wann die nächste Stadtratssitzung ist, bei der wir mit dieser Prüfung rechnen könnten.

510 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke. Gibt es weitere Stimmen aus dem Stadtrat? Bitte Hannah Kuby und dann Luzius Peter.

515 **Hannah Kuby, Grüne:** Ich kann mir denken, dass ich für viele hier spreche. Es ist nicht die Absicht mit dem Rückweisungsantrag eine Zonenplanänderung herbeizuzwingen. Für uns wird vor allem die Berichterstattung des Gemeinderats, die Begründung bemängelt, dass der Perimeter nicht erweitert wird, weil dadurch heikle neue Fragen aufgeworfen werden und zusätzliche Abklärungen nötig wären. Wir verlangen nicht, dass bis im Frühling oder bis im Sommer eine neue ZPP oder ÜO für diesen Bereich gemacht wird. Zum Beispiel ist die Parzelle 17 in der gleichen ZPP, wie die Parzelle 139 und ist in der gleichen ÜO, wie Parzelle 139. Uns geht es einfach um eine solide Begründung, warum jetzt wirklich nur diese Parzelle möglich ist. Wir konnten das nicht nachvollziehen. Die anderen Änderungen sind nicht riesige Änderungen im Reglement.

525 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke. Einfach damit es für alle klar ist, wir sprechen hier über einen Rückweisungsantrag und nicht einen Änderungsantrag. Bitte Luzius Peter.

530 **Luzius Peter, SP:** Ich möchte mich meinen Vorrednern anschliessen. Es geht nicht darum, dass wir eine komplett neue Planung machen. Aber es geht darum, dass noch einmal eine Abklärung gemacht wird, welche umliegenden Parzellen auch mit einbezogen werden könnten. Wenn es dann feststeht, dass es nicht geht, dann kann man wieder zurückkommen auf das Reglement, das wir jetzt haben und über diese Parzelle 139 abstimmen. Wenn man aber sieht, dass man es ausweiten könnte, dann kann man das Reglement auf diese möglichen Parzellen weiter ausweiten. Wir verlieren da ein bisschen Zeit, aber ich glaube, es wäre es Wert, dass man nachher wirklich etwas Gutes planen könnte, wie es auch in anderen Städten schon vorhanden ist.

535 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke. Gibt es weitere Voten? Bitte Pauline Pauli.

540 **Pauline Pauli, PRR:** Ich muss Ihnen sagen, ich kann nicht anders, aber Sie träumen! Es wurde soeben ausgeführt, alle Erklärungen liegen vor. Man möchte etwas Schnelles, aber gleichzeitig soll eine riesige Studie gemacht werden. Wir haben kein Geld in Nidau und gleichzeitig soll dafür Geld ausgegeben werden...Zudem ist meine Frage, was das eigentlich für «coole Projekte» sein sollen, die man dort machen möchte und was verhindert, diese zu machen mit diesem Reglement, wie es vorliegt?

545 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke. Weitere Voten? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Wünscht Sandra Hess ein Schlusswort?

Stadtpräsidentin, Sandra Hess: Ja ich möchte noch auf eine Frage antworten, die mir von Tobias Soder gestellt wurde, bis wann wir diesen Bericht liefern können. Ich kann absolut kein Datum nennen, aber einfach sagen, Sie sehen es auch noch in den nachfolgenden Geschäften, unsere personellen Ressourcen sind knapp und wir machen auch das Versprechen, dass wir frei werdende Ressourcen bis 2027 abbauen möchten. Also von daher, kann ich hier wirklich kein verbindliches Datum nennen. Aber selbstverständlich werden wir unser Bestes geben, das zu beantworten innerhalb der möglichen Frist.

555

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke Sandra Hess für diese Antwort. Damit werden wir jetzt über den Rückweisungsantrag abstimmen.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst mit 23 Ja / 6 Nein gestützt auf Artikel 85 der Geschäftsordnung des Stadtrats:

560

1. Das Geschäft wird an den Gemeinderat zurückgewiesen.

7. Lakelive Festival 2025 bis 2027 - Leistungsvertrag

Ressort
Sitzung

Präsidiales
12.09.2024

nid 1.4.3.4.1 / 509.1

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Wir kommen zu Traktandum Nummer 7, dem Lakelive Festival 2025 bis 2027 und dem dazugehörigen Leistungsvertrag. Wird das Eintreten auf das Geschäft bestritten? Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit übergebe ich das Wort an die zuständige Stadtpräsidentin Sandra Hess.

565

Stadtpräsidentin, Sandra Hess: So, das ging jetzt etwas schnell. Mit dem Bericht, der Ihnen hier vorliegt, erhalten Sie sozusagen einen Bericht über das Lakelive Festival. Sie erhalten einen Bericht über die Entwicklung dieses Festivals seit 2018. Wie Sie den Unterlagen entnehmen können, hat sich das Festival zu einem wichtigen Sommerevent entwickelt, das aus unserem Festkalender nicht mehr weg zu denken ist. Und mittlerweile, Sie haben es gesehen, hatte es auch einen massiven Impact auf das Zwischennutzungsreglement. Also das Lakelive ist mittlerweile ein Anker hier in der Region, an dem und um das sich sehr viele Aktivitäten ausrichten. Heute liegt Ihnen die Leistungsvereinbarung mit dem Lakelive Festival für die nächsten drei Jahre vor. Es ist vorgesehen, dass das Lakelive, wie bisher 10 000 Franken als Unterstützungsbeitrag bekommt. Das ist Geld, das tatsächlich fließt. Dann bekommen sie den Erlass von internen Leistungen im Wert von 15 000 Franken im Jahr. Diese werden nicht verrechnet. Und neu, Lakelive Festival hatte schon bis jetzt einen Leistungsvertrag, aber neu werden jetzt auch die Polizeistunden ausgewiesen, die im Zusammenhang mit diesem Festival anfallen und der Stadt Nidau angerechnet werden. Sie haben es gesehen, da kommt eine stattliche Anzahl an Einsatzstunden zusammen. Es waren 370 Stunden in den Jahren 2023 und 2024. Das sind Stunden, die bis jetzt vollumfänglich zu Lasten der Stadt Nidau gingen. Wir haben zwar keine Rechnung dafür von der Kapo erhalten, aber es sind Stunden, die uns im Rahmen unseres Ressourcenvertrags angerechnet werden und somit nicht mehr für andere Aufgaben zur Verfügung stehen. Das sind dann meistens zusätzliche Präventionsaufgaben. Also all das, was wir zusätzlich bei der Kapo einkaufen, das sind Kontrollen aber eben auch Präventionsaufgaben. Das wird also dort von diesem Kontingent abgezogen. Das

570

575

580

585

590 wird auch künftig so sein. Mindestens, was das angeht, dass die Stunden im Rahmen des Res-
sourcenvertrags verrechnet werden. Neu übernimmt aber Lakelive die Hälfte dieser Kosten. Das
ist sicher ein wichtiger Schritt, dass wir das machen konnten und es ist jetzt auch viel transparen-
ter, mit welchem grossem Aufwand das Festival für die Stadt Nidau verbunden ist. Aber auch welches
grossem Commitment die Stadt Nidau macht zu diesem Lakelive Festival. Neu ist auch der Link
595 zur Zwischennutzung. Das habe ich mir hier aufgeschrieben. Das war jetzt im vorherigen Trak-
tandum und wir haben auch gesehen, was dieser Link bewirkt hat. Da muss ich nichts mehr dazu
sagen. Es ist sicher etwas, was bleiben wird. Man wird auch in der Überarbeitung dieses Regle-
ments schauen müssen, wie man die verschiedenen Akteure aneinander vorbeibringt. Wichtig zu
sagen ist auch noch, dass dieser Leistungsvertrag keine Veranstaltungsbewilligung ist. Diese
600 muss nach wie vor jährlich bei der Stadt Nidau eingeholt werden. Ich glaube, ich sage nicht mehr
dazu. Auch in Anbetracht der Zeit, damit wir hier nicht zu lange werden. Aus meiner Sicht ist es
noch wichtig zu erwähnen, dieser Bericht zeigt wirklich klar auf, dass Stadt Nidau ein Bekenntnis
macht zum Lakelive Festival, zu einem guten Sport- und Kulturangebot in unserer Stadt. Der Ge-
meinderat steht zum Lakelive Festival und empfiehlt Ihnen darum, diesen Leistungsvertrag zu ge-
605 nehmigen, den Verpflichtungskredit zu genehmigen und auch den Verzicht auf die internen Leis-
tungen.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke Sandra Hess. Für die Geschäftsprüfungskommission
hören wir Tobias Soder. Und danach in dieser Reihenfolge: die Fraktionen Grünliberale,
610 Grüne/EVP, Bürgerliche, SVP und SP.

Sprecher GPK, Tobias Soder: Die GPK hat die Unterlagen zu diesem Geschäft geprüft und das
Geschäft an der Sitzung behandelt. Fragen konnten schlüssig beantwortet werden. Es ist erfreu-
lich, dass wir mit diesem Leistungsvertrag mehr Transparenz haben und dass die Verhandlungen
615 mit einem Blick auf die verabschiedete Finanzstrategie geführt wurden. Die GPK weist noch da-
rauf hin, dass der Leistungsvertrag erst mit der Zustimmung des Stadtrats Gültigkeit erlangt und
übergibt das Geschäft zur Behandlung.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Für die Grünliberale Fraktion spricht René Dancet.

620

GLP-Fraktion, René Dancet: Guten Abend. Guten Abend liebe Gäste aus Schliengen. Die Grün-
liberale Fraktion wird diesem Antrag zustimmen.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke René Dancet. Die Sprecherin der Fraktion Grüne/EVP
625 ist Marlene Oehme.

Fraktion Grüne/EVP, Marlene Oehme: Guten Abend. Die Fraktion EVP/Grüne stimmt diesem
Geschäft einstimmig zu. Wir begrüssen, dass die Gemeinde Nidau das Festival mit rund
43 000 Franken pro Jahr unterstützt. Natürlich wäre noch mehr Unterstützung gewünscht. In An-
630 betracht der Finanzstrategie, macht es aber auch dort Sinn, die Ausgaben zu beschränken, indem
die Gemeinde Nidau die von uns bezahlten Polizeistunden auf 185 limitiert.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Für die Bürgerliche Fraktion hören wir Tamara Mün-
ger.

635

Bürgerliche Fraktion, Tamara Münger: Guten Abend. Vielen Dank für diese ausführliche Berichterstattung zum Lakelive. Es macht Freude, welche tollen Events in der Vergangenheit durchgeführt wurden. Das einzige, was wir vermisst haben, ist die Transparenz der Jahreszahlen. Die Bürgerliche Fraktion genehmigt aber den vorliegenden Leistungsvertrag einstimmig.

640

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Für die SVP-Fraktion spricht Svenja Meier.

SPV-Fraktion, Svenja Meier: Guten Abend auch von meiner Seite. Die SVP stimmt diesem Geschäft einstimmig zu und dankt den Organisatoren für ihr Engagement.

645

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Die Sprecherin der SP-Fraktion ist Käthy Lützel-schwab.

SP-Fraktion, Käthy Lützelschwab: Aus Rücksicht auf unsere Gäste spreche ich heute weiterhin auf Hochdeutsch, obwohl sie ja wahrscheinlich unser Schweizerdeutsch auch verstehen. Lakelive ist in kurzer Zeit ein beliebter Anlass geworden und wir haben aus den umfangreichen Unterlagen gesehen, dass das Festival weit über das Seeland bekannt ist. Es ist ein kultureller Anlass für die ganze Region geworden. Es ist ein Anlass für Gross und Klein, man sieht auch viele Kinder am Festival und es hat ja nicht nur Konzerte. Das waren die Forderungen der Städte Nidau und Biel und die wurden gut umgesetzt. Zudem ist der Eintritt mit 5 Franken sehr günstig. Es gibt wahr-scheinlich kein anderes Festival in der Schweiz, das nur 5 Franken kostet ohne Konzerte. Auch wenn Nidau keinen finanziellen Gewinn hat und es uns sogar noch etwas kostet, wir wollen das Weiterbestehen unbedingt sichern. Deshalb hat die Fraktion SP fast einstimmig dem Leistungs-vertrag zugestimmt.

660

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke Käthy Lützelschwab. Die Diskussion ist offen. Wünscht jemand das Wort? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Wünscht Sandra Hess das Schluss-wort? Auch das nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

665 Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe a der Stadtordnung:

1. Der Leistungsvertrag mit der Lakelive GmbH für die Periode 2025 bis 2027 wird genehmigt und dafür ein Verpflichtungskredit von 30 000 Franken (Konto 3290.3636.06) bewil-
670 ligt. Gleichzeitig wird auf die Verrechnung von Leistungen der Stadt Nidau von jährlich 15 000 Franken und auf eine Weiterverrechnung von jährlich 185 Stunden der Kantons-polizei Bern verzichtet. Die Polizeileistungen, die für die Durchführung des Lakelive Festi-vals über die jährlich 185 Stunden hinausgehen, werden der Lakelive GmbH weiterver-rechnet.
- 675 2. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Der Gemeinderat kann diese Kompe-tenz an die zuständige Stelle delegieren.

8. Aufhebung Reglement Spezialfinanzierung Bauinventar

Ressort
Sitzung

Präsidiales
12.09.2024

680 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Damit kommen wir zu Traktandum Nummer 8 - Aufhebung
des Reglements Spezialfinanzierung Bauinventar. Wird das Eintreten auf das Geschäft bestritten?
Das ist nicht der Fall. Damit übergebe ich das Wort an die zuständige Stadtpräsidentin, Sandra
Hess.

685 **Stadtpräsidentin, Sandra Hess:** Ja bei diesem Traktandum kann ich es kurz machen. Sie ha-
ben gesehen, wir beantragen Ihnen, dass wir die Spezialfinanzierung Bauinventar aufheben. Aus
dieser Spezialfinanzierung haben wir Beiträge an private Hauseigentümer geleistet, die in ihren
schützenswerten Bauten, welche gemäss dem kantonalen Bauinventar als schützenswert einge-
690 stuft waren, Umbauten machen mussten - dann kommt es erfahrungsgemäss teurer. Weil es
schützenswerte Bauten sind, braucht es mehr Aufwand, andere Verfahren oder sie müssen an-
dere Materialien verwenden. Sie bekommen dafür von der Denkmalpflege auch entsprechende
finanzielle Beiträge. Die Stadt Nidau hat im Jahr 2005 ein Spezialreglement geschaffen, in dem
sie gesagt hat, in Anerkennung an diese finanzielle Last, die die privaten Eigentümer haben mit
den schönen alten Häusern, sollen sie auch einen Beitrag erhalten von der Stadt Nidau. Es ist wie
eine Anerkennung. Es ist nicht ein substanzialer Beitrag. Ich glaube, es war für kein Hauseigen-
695 tümer matchentscheidend, ob er einen Umbau oder eine Anpassung macht oder nicht. Aber es
war einfach eine finanzielle Anerkennung einer Last, die damit verbunden ist. Letztendlich muss
man doch sagen, es sind sehr wenige Hauseigentümer, die davon profitieren können. Und wir ha-
ben im Rahmen der Finanzstrategie alle Leistungen der Stadt Nidau überprüft. Da sind wir darauf
gestossen und mussten sagen, dass eigentlich sehr wenige Leute und auch zu sehr geringen Be-
700 trägen von diesem Spezialreglement profitieren können. Eigentlich macht es keinen Sinn dort
jährlich 10 000 Franken einzulegen. Darum ist es eine Massnahme und ein sogenannter Quick-
Win aus der Finanzstrategie - bei der wir wirklich überall schauen und jeden Rappen nochmal um-
drehen und uns fragen, ob es den wirklich braucht - als Leistung definiert worden, die es in der
Stadt Nidau nicht unbedingt braucht. Das haben auch alle Parteien so gesehen, die ihre Rückmel-
705 dungen zu vorgeschlagenen Massnahmen gegeben haben. Es hat zu einer hohen Zustimmung ge-
führt, dieses Reglement aufzulösen und darauf zu verzichten, jährlich 10 000 Franken einzulegen.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke Sandra Hess. Für die Geschäftsprüfungskommission
hören wir Pauline Pauli. Und dann die Fraktionen in dieser Reihenfolge: Grüne/EVP, SVP, Bürgerliche,
710 che, SP und Grünliberale. Aber zuerst bitte Pauline Pauli.

Sprecherin GPK, Pauline Pauli: Die GPK hat alle nötigen Unterlagen und Antworten für die
Analyse erhalten. Es gibt verschiedene Spezialfinanzierungen in der Gemeinde aber die Spezialfi-
nanzierung Bauinventar ist einzigartig, weil es die einzige ist, die so wie sie aktuell ist, ohne Kon-
715 sequenzen aufgelöst werden kann. Die GPK übergibt das Dossier einstimmig dem Stadtrat.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Für die Grüne/EVP spricht Christoph Meier.

Fraktion Grüne/EVP, Christoph Meier: Die Fraktion wird das Geschäft einstimmig annehmen.
720

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Für die SVP-Fraktion hören wir Oliver Grob.

SVP-Fraktion, Oliver Grob: Guten Abend. Auch die SVP-Fraktion wird diesem Geschäft zustim-
725 men.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Für die Bürgerliche Fraktion Hans Peter Meier.

Bürgerliche Fraktion, Hans Peter Meier: Guten Abend miteinander. Auch wir stimmen diesem Geschäft zu.

730

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Für die SP-Fraktion, Hugo Liechi.

SP-Fraktion, Hugo Liechi: Guten Abend. Das Reglement wurde 2022 einstimmig ohne Diskussionen wieder eingesetzt. Durch die geringe Anzahl der berechtigten Bauten sind auch nur wenige Gesuche eingereicht worden. Durchschnittlich vier Gesuche pro Jahr haben etwa 650 Franken pro Gesuch erhalten. In Anbetracht der geringen ausbezahlten Summe im Verhältnis zu den Renovationskosten, rentiert wohl schon der ganze Verwaltungsaufwand mit Abklärungen, Schriftwechsel, Verträge etc. nicht. Aufgrund diesen Überlegungen und der geringen Anzahl der Gesuche, ist die SP einstimmig für die Aufhebung dieses Reglements.

735

740

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Für die Grünliberale Fraktion René Dancet.

GLP-Fraktion, René Dancet: Mit Blick auf die Menge und Höhe dieser Fälle, sind wir nach langer Diskussion zum Schluss gekommen, dieser Aufhebung zuzustimmen.

745

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Die Diskussion ist offen. Wünscht jemand das Wort? Dem ist nicht so. Wünscht Sandra Hess das Schlusswort? Auch dies ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

750

Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig gestützt auf Artikel 55 Absatz 1 Buchstabe a der Stadtordnung und unter Vorbehalt des fakultativen Referendums gemäss Artikel 35 der Stadtordnung:

755

1. Das Reglement über die «Spezialfinanzierung Bauinventar» wird auf den 31. Dezember 2024 aufgehoben.
2. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

9. Verkehrsorganisation und Strassenraumgestaltung der Gurnigel-, Kelten- und Guglerstrasse – Investitionskredit

Ressort
Sitzung

Sicherheit
12.09.2024

nid 6.6.3 / 15.7

760

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Wir kommen zu Traktandum Nummer 9, dem Investitionskredit zur Verkehrsorganisation und Strassenraumgestaltung der Gurnigel-, Kelten- und Guglerstrasse. Wird das Eintreten auf das Geschäft bestritten? Das ist nicht der Fall. Damit übergebe ich das Wort an die zuständige Gemeinderätin, Sandra Friedli.

765

Ressortvorsteherin Sicherheit, Sandra Friedli: Werter Stadtratspräsident, liebe Gäste, liebe Gäste insbesondere aus Schliengen, werte Anwesende hier und auch daheim. Der Gemeinderat beantragt einen Investitionskredit für das Projekt Verkehrsorganisation und Strassenraumgestaltung Gurnigel-, Kelten- und Guglerstrasse. Das Betriebs- und Gestaltungskonzept ist ein Teilkon-

zept aus dem Gesamtverkehrskonzept und basiert auf zahlreichen politischen Vorstössen und Eingaben aus der Bevölkerung. Aus diesem Grund wurde es auch als eigentlicher Schwerpunkt definiert. In diesem genannten Perimeter besteht ein sehr grosser Handlungsbedarf. Es gibt einen grossen Anteil an Ausweichverkehr über die Ausfahrt Guglerstrasse in die Bielstrasse. Ebenfalls gibt es einen sehr grossen Anteil Fremdverkehr auf der Gurnigelstrasse, was der Netzhierarchie, welche die Gurnigelstrasse als Quartierstrasse definiert, ganz klar widerspricht. Auch auf der Keltenstrasse, die bereits heute sehr viel von Velofahrenden genutzt wird, soll der Verkehr reduziert werden, damit die Keltenstrasse in Zukunft ihre Funktion als Velokomfortroute einnehmen kann. Aufgrund der Wichtigkeit dieses Projekts, hat man während der Planung eine Begleitgruppe begrüsst und die daraus erarbeitete Bestvariante in eine Mitwirkung geschickt. Was sind die Ziele dieses Betriebs- und Gestaltungskonzepts? Es geht darum, eine verträgliche Belastung für das Quartier zu schaffen. Es geht darum, den Fuss- und Veloverkehr zu fördern und es geht auch wesentlich darum, Grünstruktur zu verbessern. Damit man diese Ziele erreichen kann, ist die Verkehrsumlagerung eine Voraussetzung. Das heisst, es muss eine konsequente Lenkung des Verkehrs auf das Hauptstrassennetz erfolgen. Das entspricht auch allen übergeordneten Planungen. In einem zweiten Schritt können dann die Strassenräume aufgewertet werden. Diese Ziele werden erreicht mit drei Massnahmen, die sich gegenseitig bedingen, wobei die Massnahme 1 - die Schliessung der Guglerstrasse - als Voraussetzung gilt. Weiter gehe ich an dieser Stelle nicht ins Detail zu den Massnahmen. Sie wurden sehr detailliert erklärt an der Stadtratsinformation. In diesem Perimeter haben wir auch relativ viele übergeordnete Planungen und Drittprojekte, wie zum Beispiel die Fernwärme. Die Abstimmung mit diesen Projekten ist in unserem Betriebs- und Gestaltungsprojekt gewährleistet. Wie ich vorhin angesprochen habe, haben wir eine breite Mitwirkung gemacht zu diesem Projekt. Die Mitwirkung hat gezeigt, dass das Projekt insgesamt auf Zustimmung gestossen ist. Wir haben zusätzlich während und auch nach der Mitwirkung Gespräche geführt mit Direktbetroffenen, wie Kanton, Verkehrsbetriebe, Stadt Biel und nicht zuletzt dem Carrosseriewerk und Autohaus Paoluzzo. Dort konnten wir glücklicherweise auch eine Lösung finden, so dass auch in Zukunft die Anlieferung für die Paoluzzo AG über die Bernstrasse möglich sein wird. Zu den Kosten: das Projekt von 1,55 Millionen Franken wird zur Hälfte finanziert durch Bund und Kanton. Dieser entsprechende Beitrag ist reserviert im Agglomerationsprogramm 4. Das geht aber nur unter einer Bedingung. Der Umsetzungsstart dieses Projekts muss aller spätestens 2027 erfolgen. Wir wissen alle, dass von einem politischen Entscheid, bis zur wirklichen Umsetzung schnell mal zwei Jahre vergehen. Darum müssen wir dieses Projekt jetzt beschliessen. In einem späteren Zeitpunkt können wir es nicht umsetzen, die Gelder verfallen und ich gehe nicht davon aus, dass die Stadt bereit sein wird, den vollen Betrag für dieses Projekt zu zahlen. Ein weiterer Punkt, den man nicht vergessen darf, ist dass durch die Abschreibung vom Westast die städtebauliche Aufwertung dieser genannten Quartiere eine besondere oder noch eine stärkere Dringlichkeit hat. Bereits jetzt sind erste gute Steuerzahlende aus diesen Quartieren weggezogen, weil sie nicht mehr bereit sind, an einer so verkehrsorientierten Strasse zu wohnen. Weitere gute Steuerzahlende ziehen das in Erwägung. Das heisst, wer heute etwas weiterdenkt, als nur bis zu diesem Entscheid, weiss, dass wenn wir heute Ja sagen zu diesem Investitionskredit, dann legen wir auch einen Stein, dass das Quartier auch in Zukunft attraktiv ist für gute Steuerzahlende und wir die nicht verlieren. Das Projekt, das wir Ihnen vorlegen, ist ein breit abgestütztes Projekt. Es ist ein Projekt, das die Quartiere sicherer macht und eine Reduktion von Lärm und Abgasen mit sich bringt und es ist ein Projekt, das durch die Begrünung und Entsiegelung, massgeblich zu einem besseren Stadtklima beiträgt und die Quartiere insgesamt aufwertet. Damit ist es auch längerfristig aus finanzpolitischer Sicht eine Investition in die Zukunft von Nidau. Deshalb danken wir Ihnen für die Annahme dieses Investitionskredits.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke Gemeinderätin Sandra Friedli. Für die Geschäftsprüfungskommission hören wir Martin Schwab und danach für die Fraktionen in dieser Reihenfolge: Grünliberale, SVP, Bürgerliche, Grüne/EVP und SP. Zuerst aber die GPK.

820 **Sprecher GPK, Martin Schwab:** Geschätzte Anwesende, geschätzte Gäste aus Schliengen, herzlich willkommen. Die GPK hat das Geschäft geprüft und allfällige Fragen wurden entsprechend auch ausführlich beantwortet. Die GPK hält fest, dass das Projekt gemeindeübergreifende Auswirkungen hat, wie das von der zuständigen Gemeinderätin erwähnt wurde und dass es gut mit den übergeordneten Projekten harmoniert. Die GPK findet es positiv, dass man so einen intensiven Dialog gefunden hat mit den verschiedenen Bezugsgruppen, den verschiedenen Stakeholdern und dass allfällige Synergien - man denkt an die Werkleitungen, Fernwärme usw. - zeitgleich erstellt werden könnten. Die Reserve ist mit 5 Prozent relativ tief angesetzt, aber das kann man mit einer grosszügigen Berechnung der Oberflächengestaltung begründen. Die GPK empfiehlt dem Stadtrat auf dieses Geschäft einzutreten.

830

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Für die Grünliberale Fraktion hören wir René Dancet.

835 **GLP-Fraktion, René Dancet:** Wie Sandra Friedli gesagt hat, reden wir heute über ein Teilprojekt des Gesamtverkehrskonzepts, das mit rund 1,5 Millionen Franken auch eines der teuersten ist. Einverstanden, die Hälfte kommt vom Kanton, das ist schön, es muss aber letztlich auch von jemandem finanziert werden. Mit Blick auf unsere Finanzen, erachten wir es als angebracht, die Kosten in Bezug auf die Höhe und Tragbarkeit noch einmal zu prüfen. Wir werden darum einen Rückweisungsantrag einreichen. Wir sind der Ansicht, dass es der bessere Weg ist, die Rückweisung zu diskutieren und anzunehmen, als eine direkte Ablehnung des Geschäfts zu riskieren. 840 Sollte die Rückweisung nicht angenommen werden, würde die GLP-Fraktion den Antrag ablehnen.

845 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke. Für die SVP-Fraktion, Markus Baumann.

SVP-Fraktion, Markus Baumann: Ich möchte eingangs hier mal ein Kompliment machen an den Gemeinderat. Wir haben es gesehen bei den vorgängigen Geschäften. Man berücksichtigt die Finanzstrategie und schaut, wie die finanzielle Situation ist und hat an gewissen Orten auch Abstriche gemacht. Kaum geht es aber um die Autofahrer und die Schikanierung, rührt man wieder mit der grossen Kelle an und kommt mit einem Projekt von 1,55 Millionen Franken, was massiv übersteuert ist. Der Verkehrskollaps auf der Bernstrasse, von dem sprechen wir gar nicht. Die Gesamtkosten, die wir mit diesem Gesamtverkehrskonzept ausgegeben haben, sind enorm. Und ja, liebe Sandra Friedli, vielleicht zahlen Bund und Kanton einen Teil daran, aber auch das sind unsere Steuergelder, die wir schliesslich doch mitfinanzieren. Wir werden den Rückweisungsantrag 855 der GLP unterstützen.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Für die Bürgerliche Fraktion, Christian Stampfli.

860 **Bürgerliche Fraktion, Christian Stampfli:** Guten Abend. Als ich das Geschäft gelesen habe, habe ich festgestellt, dass es ein Gesamtverkehrskonzept der Stadt Nidau gibt. Das ist ein Teil davon und ist gut so. Die weiteren Projekte sind in der Übersicht ersichtlich. In der Übersicht steht auch drin, dass die 1,5 Millionen Franken zu weiten Teilen von Dritten getragen werden. Ich habe es nachgerechnet, es sind 50 Prozent, für mich ist das nicht «zu weiten Teilen» und dann

haben wir eine wichtige Schnittstelle, die «Rue de Caractères». Alle die, die die Versenkung des Projekts Westast gesehen haben - man will hier probieren, das Ganze mit einer «Rue de Caractères» anders zu organisieren. Da ist eine riesige Schnittstelle dazwischen. Was dort passiert, wissen wir auch nicht. Ich habe es durchgeschaut und wir haben es miteinander besprochen. Wir unterstützen diesen Rückweisungsantrag. Zwar geht es uns auch darum, dass das Geld, das man ausgeben will, dass diese Investitionen überdenkt werden müssen. Wir haben in der letzten Sitzung darüber gesprochen, dass zu viele Investitionen gemacht wurden, der Abschreibungsdruck zu hoch sei. In Anbetracht der ganzen Budgetdebatte, die im November kommen wird, sind wir der Meinung, dass wir dieses Projekt zurückstellen sollten. Vielleicht schauen, ob es günstiger gemacht werden kann, oder wir machen es dann, wenn wir das Geld haben. Aber jetzt haben wir das Geld nicht, darum sind wir für einen Rückweisungsantrag.

875

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Für die Fraktion Grüne/EVP hören wir Hannah Kuby.

Fraktion Grüne/EVP, Hannah Kuby: Guten Abend. Wir von der Fraktion Grüne/EVP begrüßen sehr, wie die ganze Entwicklung dieses Gesamtverkehrskonzepts abgelaufen ist. Die ganze Mitwirkung, es war immer übersichtlich über die einzelnen Etappen, die nacheinander umgesetzt werden, hier in Nidau. Das Gesamtverkehrskonzept hatte auch einen starken Rückhalt nach der Mitwirkung. Wir finden, dass es berechtigt ist, dass es diese Verkehrsberuhigungen auch nördlich der Zihl braucht und nicht nur in den Etappen, die als erstes gemacht wurden. Die Bewohnenden, die nördlich der Zihl an der Gurnigel-, Kelten- und Guglerstrasse, haben extrem viel Durchgangsverkehr von der Bernstrasse. Von dem her unterstützen wir von der Fraktion Grüne/EVP dieses Projekt und würden dem einstimmig zustimmen.

885

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Für die SP-Fraktion, Martin Schwab.

SP-Fraktion, Martin Schwab: Die SP-Fraktion begrüsst das partizipative Verfahren, das man hier angewendet hat. Grundsätzlich, man sieht es auch hier, zieht sich ein Faden durch den Gemeinderat in der Ausarbeitung dieser Geschäfte. Man bezieht viel mehr verschiedene Stakeholder mit ein und wägt Interessen ab. Das begrüßen wir. Wir möchten auch darauf aufmerksam machen, dass die Gelder bis 2027 gesprochen sind und wir hier wesentlich davon profitieren können, wenn rund 50 Prozent vom Kanton übernommen wird. Wir finden es auch gut, dass da endlich im Perimeter Weidteile Massnahmen getroffen werden, weil der Durchgangsverkehr - wie es meine Vorrednerin gesagt hat - wirklich heftig ist, besonders in die Keltenstrasse. Ich laufe dort regelmässig durch, es ist ziemlich gefährlich. Ich musste schon öfters den Fahrzeugen ausweichen. Es ist richtig, dass man das Gesamtkonzept, welches man angefangen hat, konsequent weiterführt und zu Ende führt.

895

900

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Es liegt ein Antrag auf Rückweisung vor. Gibt es andere Anträge? Dies ist nicht der Fall, damit werden wir jetzt die Rückweisung behandeln. Ich möchte zuerst René Dancet das Wort geben, um den Antrag vorzustellen.

905

René Dancet, GLP: Ich habe den Antrag im Vorfeld kurz den Fraktionspräsidenten geschickt. Der Rückweisungsantrag lautet: Das Geschäft «Projekt Verkehrsorganisation und Strassenraumgestaltung der Gurnigelstrasse» ist zurückzuweisen. Das Projekt ist Teil von dem, durch den Stadtrat verabschiedeten Gesamtverkehrskonzept und mit Kosten von rund 1,5 Millionen eine der teuersten Einzelmassnahmen. In Anbetracht der finanzpolitischen Ziele und dem laufenden Prozess (Massnahmen zur Erreichung der Ziele der Finanzstrategie), der bevorstehenden Debatte

910

über das Budget und die Finanzplanung 2025/26+, soll das Geschäft im Rahmen einer gesamt-
haften Finanzsicht behandelt werden. Eine Reduktion der Investitionshöhe, zum Beispiel durch
den Verzicht auf einzelne Elemente, durch kostenoptimierte Umsetzung und ähnlichem soll über-
prüft werden. Das würde die Chance des Projekts erhöhen. Das ist der Rückweisungsantrag. Ich
wiederhole mich, ich glaube, dass ein Rückweisungsantrag durchaus auch Chancen birgt, das Pro-
jekt letztendlich vielleicht auch in leicht abgeänderter Form, umzusetzen.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke René Dancet. Wie beim Zwischennutzungsreglement,
lag auch dieser Rückweisungsantrag nur teilweise den Mitgliedern des Stadtrats, aber insbeson-
dere auch des Gemeinderats vor. Darum werden wir auch dieses Mal einen Sitzungsunterbruch
von rund fünf Minuten machen, damit Sie sich untereinander abstimmen können und auch der
Gemeinderat genügend Zeit hat, darauf zu reagieren.

[Sitzungsunterbruch fünf Minuten]

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen wir fahren weiter. Vielen
Dank, dass Sie sich wieder setzen. Wir fahren mit der Behandlung über den Rückweisungsantrag
fort und ich übergebe zuerst das Wort an Gemeinderätin Sandra Friedli.

Ressortvorsteherin Sicherheit, Sandra Friedli: Ja, werte Anwesende, ich sage gerne ein paar
Punkte zu den Anliegen, die ich gehört habe und auch zum Rückweisungsantrag. Als erstes zum
Argument mit den Steuergeldern des Agglomerationsprogramms. Selbstverständlich sind das
Steuergelder. Aber es stimmt nicht ganz, was Markus Baumann gesagt hat. Die Gelder kommen
nicht an die Steuerzahlenden zurück, sondern wir verlieren sie und sie gehen an ein anderes Pro-
jekt. Also damit wäre schon mal gar nichts gespart. Im Projekt selbst, das darf man nicht verges-
sen, wenn man es zurückstellt, generieren wir zum Teil auch Mehrkosten. Wir haben zum Beispiel
in der Keltenstrasse - alle, die dort durchfahren wissen, wie die Strasse aussieht - einen zwingen-
den Sanierungsbedarf. Wenn wir das vor dem Betriebs- und Gestaltungskonzept machen müssen,
können wir keine Synergien nutzen. Ebenfalls an der Gurnigelstrasse, was Mehrkosten verursa-
chen würde. Das Zweite ist, dass wir nicht beliebig an diesem Projekt rumbasteln können. Die
Gelder, die Finanzierungsunterstützung von Bund und Kanton, sind nicht nur an einen klaren
Zeitpunkt geknüpft, sondern auch an Bedingungen. Also das Projekt mussten wir im Vorfeld
schon eingeben, wie es aussehen soll. Es muss gewisse Bedingungen, wie Begrünung oder Auf-
wertung des Strassenraums zwingend beinhalten, damit wir das Geld erhalten. Also die Gefahr
besteht, wenn wir an diesem Projekt rumschrauben, dass wir dann nicht mehr gleich viel Geld be-
kommen oder im schlimmsten Fall gar keines mehr. Im Weiteren möchte ich doch noch erwäh-
nen, dass wir bereits finanzpolitisch gedacht haben, als wir das Projekt ausgearbeitet haben. Wir
haben bereits gewisse Sparmassnahmen umgesetzt. Ein Beispiel ist das Trottoir an der Gurnigel-
strasse. Das übernehmen wir eins zu eins in diesem Projekt. Da hätte man auch ein schönes
neues Trottoir bauen können. Aber als Sparmassnahme haben wir das, was nicht zwingend sa-
niert werden muss, so übernommen, damit es erhalten werden kann und nichts Neues gebaut
werden muss. Weiter möchte ich auch noch sagen, dass die Gefahr, dass uns die Zeit davonläuft,
wirklich real ist. Es wäre schon sehr bedauerlich, wenn der Stadtrat jetzt ein Projekt, von dem ich
von den meisten höre, dass sie es ein gutes Projekt finden, auf die lange Bank schieben. Und wir
riskieren dann, dass wir keine finanzielle Unterstützung mehr erhalten und dadurch das Projekt
dann wirklich nicht mehr umsetzen können. Aus diesem Grund hoffe ich sehr, dass dieser Rück-
weisungsantrag nicht angenommen wird. Schliesslich ist nicht zu vergessen, es ist ein Projekt für

960 die Nidauerinnen und Nidauer. Es ist ein Projekt für die Stadt Nidau und nicht für die Autofahren-
den, die einfach durch das Quartier fahren und der Stadt Nidau und den Anwohnenden ausser
Schaden eigentlich keinen Nutzen bringen.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke Sandra Friedli. Die Diskussion ist offen, wer wünscht
das Wort? Bitte Hugo Liechti.

965

Hugo Liechti, SP: Wir sind am 9. Mai 1964 nach Nidau gezogen. Der Bereich nördlich der Zihl,
wo wir jetzt sind, ist seit Jahrzehnten eigentlich immer gleich. Ab und zu wurde ein Block gebaut,
aber die Stadt Nidau hat nichts beigetragen für die Attraktivierung. Es wurden Flickarbeiten ge-
970 macht. Man könnte meinen, dieser Bereich gehöre nicht zur Nidau. Jetzt könnte man eine Auf-
wertung des Quartiers machen und zeigen, dass die Bielstrasse, Gurnigelstrasse und Kelten-
strasse auch zu Nidau gehören. Ich hoffe, dass Sie das auch bedenken. Die meisten von Ihnen
wohnen eben nicht auf dieser Seite. Sie wohnen in Nidau und nicht hier neben dran. Es kommt
einem so vor, wenn politisiert wird. Dieses Gebiet wirkt etwas verloren, es sind die Migranten, die
hier wohnen und nicht Nidauer.

975

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Bitte Käthy Lützelschwab.

Käthy Lützelschwab, SP: Jetzt wird es schwieriger, jetzt muss ich spontan Hochdeutsch spre-
chen. Genau dieses Quartier soll man jetzt nicht berücksichtigen. Dieses Quartier, mein Vorredner
980 hat es gesagt, wurde schon bis jetzt stiefmütterlich behandelt. Beginnen wir jetzt einzelne Quar-
tiere von Nidau zu favorisieren? Werten wir einzelne Quartiere untereinander ab und ein paar
kommen dran, und ausgerechnet dieses Quartier kommt jetzt nicht dran und wird nicht berück-
sichtigt. Also was senden wir da für ein Signal als Stadtrat? Wäre die Reihenfolge nämlich anders
gewesen - ich weiss es ja nicht, die ist ja vielleicht zufällig - dann wäre dieses Quartier als erstes
985 drangekommen und ein anderes Quartier müsste dran glauben. Und das wäre schon lange umge-
setzt. Ich bin sehr enttäuscht von den Grünliberalen, dass Sie diesen Antrag, diese Rückweisung
stellen. Sie haben Grün und liberal im Namen und das ist jetzt für mich überhaupt nicht glaub-
würdig. Weil so wie jetzt die Situation dort ist, ist es kein Zustand. Und es ist schon so, wir müs-
sen sparen, aber dafür haben wir ja eine Finanzstrategie. Aber die Finanzstrategie sagt nicht,
990 heute müssen wir jetzt beginnen mit Sparen. Es gibt einen Plan und das kommt dann. Die Hälfte
des Projekts bezahlt ja der Bund und der Kanton. Also ich werde ganz sicher nicht diese Rückwei-
sung unterstützen. Gemeinderätin Sandra Friedli hat es gesagt, es ist ein Teilkonzept aus einem
Gesamtkonzept und jetzt können wir nicht einfach aufhören mittendrin. Sie hat auch gesagt, es
werde eine verträgliche Struktur geschafft in diesem Quartier, weil im Moment es dort unerträg-
995 lich ist. Ich fahre jeden Tag mit dem Velo durch die Gurnigelstrasse und ich möchte selber nicht
an dieser Strasse wohnen, weil dieses Quartier wird durch Autos und Stau bestimmt. Und das
macht unsere Stadt sicher nicht attraktiv.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Das Wort hat Dominik von Aesch.

1000

Dominik von Aesch, SP: Guten Abend. Vieles wurde schon von den Vorrednern gesagt. Ich
möchte einfach sagen, es ist doch cool hier in Nidau. Wir sind Nidauer und es ist cool Nidauer und
Nidauerinnen zu sein. Es soll doch für alle cool sein, hier zu wohnen. Nicht nur für jene, die ein
bisschen bevorzugt sind und westlich von der Zihl wohnen. Wir als SP Fraktion unterstützen die
1005 Qualität unserer Stadt und wollen ein lebenswertes Nidau für alle. Wir vertrauen dem Gemeinderat,
dass er mit diesem Geschäft auch einen Mehrwert für uns alle zeigen und wiedergeben kann.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Das Wort hat Michael Rubin.

1010 **Michael Rubin, Grüne:** Es gab schon ein paar Vorredner, die es gesagt haben und ich schlage in die gleiche Kerbe. Die Not im Quartier ist gross, die Situation ist unerträglich. Die Klagen aus diesem Quartier dauern schon lange und es ist wirklich an der Zeit, dass wir dort etwas machen. Denken wir daran, es gibt dort eine Kita, es ist ein Schul- und Veloweg. Wie der Gemeinderat dargelegt hat, können mit diesem Projekt Synergien genutzt werden und das ist doch schon mal
1015 erfreulich. Das wäre bei einer Rückweisung wahrscheinlich nicht mehr gegeben. Und ob es im Gesamten dann wirklich günstiger ist, das wage ich zu bezweifeln. Und es wurde auch schon gesagt, dass es einem Gesamtverkehrsprojekt entspricht. Ich verstehe wirklich nicht, warum man einen Weg, der eingeschlagen wurde, nicht konsequent zu Ende geht. Es geht ja nicht darum die Autofahrer zu schikanieren, sondern es geht darum, ein Quartier, ein Wohnquartier, ein Schulweg sicherer zu machen. Darum unterstütze ich das Projekt, wie es vorliegt und verstehe nicht, warum
1020 die GLP das nicht macht.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Das Wort hat Monika Stampfli.

1025 **Monika Stampfli, GLP:** Liebe Anwesende, liebe Gäste aus Schliengen. Ich stehe 100 Prozent hinter diesem Projekt und ich habe auch nicht die Meinung, dass daran rumzuschrauben irgendwas besser macht. Definitiv nicht. Aufgeschoben, soll nicht aufgehoben sein. Auch ich, das hören Sie nachher noch bei der Webseite, stehe zu strukturiertem Vorgehen und Strategien, an die man sich auch hält und Schritt für Schritt macht. Wir haben auch eine Finanzstrategie und die besprechen wir nächsten November, bzw. wir machen das Budget. Unser Antrag geht dahin, das Projekt
1030 noch kurz zu pausieren und die ganze Auslegeordnung des Budgets anzuschauen. Es wird uns allen weh tun, wir werden priorisieren müssen. Es kann ein Quartier sein, es kann eine Schule sein, bei der wir sagen müssen, sorry es liegt grad nicht drin so wie wir im Moment unterwegs sind. 750 000 Franken investieren oder warten, es ist ein Betrag. Wenn wir beginnen zu reden, ob wir
1035 uns hier aufhaben wollen, dann ist das Peanuts. Aber hier haben wir einen Hebel und von unserer Seite ist der Antrag, geben Sie uns noch ein bisschen Zeit, machen wir zuerst die Finanzauslegeordnung und entscheiden nachher, wo wir investieren wollen.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Gibt es weitere Voten aus der Ratsmitte? Wir haben
1040 Michael Rubin und nachher Martin Schwab.

Michael Rubin, Grüne: Also ich glaube ja nicht, dass dieser Kredit über den wir heute abstimmen, einfach so aus der Luft gegriffen ist. Sondern ich gehe davon aus, dass er in der Finanzplanung und im Budget geplant wurde. Darum ist es nicht etwas, was jetzt einfach so neu kommt.
1045

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Bitte Martin Schwab.

Martin Schwab, SP: Ich habe kurz recherchiert. Eine aktuelle Studie, ich habe gewusst, dass in den letzten paar Wochen dazu eine Studie veröffentlicht wurde, ich fasse es ganz kurz zusammen: Luftverschmutzung durch Autoabgase lässt laut Studie Blutdruck steigen. Epidemiologische Studien zeigen, dass Menschen die in der Nähe von viel befahrenen Strassen wohnen, ein erhöhtes Risiko auf Herz-Kreislaufereignisse haben. Ein möglicher Verursacher ist Feinstaub. Also ich finde schon nur aus diesem Grund ist es rücksichtslos, wenn wir hier in diesem Quartier nicht vor-
1050

1055 wärts machen und den Leuten nicht auch ermöglichen, an einer verkehrsberuhigten und lebhaften Umgebung hier in Nidau zu wohnen. Dass wir das Quartier entsprechend wie alle anderen auch gleich berücksichtigen.

1060 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke. Gibt es weitere Voten aus der Ratsmitte? Dies ist nicht der Fall, wünscht Sandra Friedli noch ein Schlusswort? Dies ist auch nicht der Fall. Damit kommen wir zur Abstimmung über den Rückweisungsantrag.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst mit 15 Ja / 14 Nein gestützt auf Artikel 85 der Geschäftsordnung des Stadtrats:

1065 1. Das Geschäft wird an den Gemeinderat zurückgewiesen.

10. Gesamterneuerung Onlineportal Stadt Nidau - Investitionskredit

Ressort
Sitzung

Präsidiales
12.09.2024

nid 0.5.0.0 / 4.6

1070 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** In Abstimmung mit den Fraktionspräsidien, werde ich in den folgenden vier Kreditgeschäften auf das separate Aufrufen der Fraktionen verzichten. Wenn eine Fraktion oder ein Mitglied des Parlaments etwas sagen möchte, ist dies selbstverständlich möglich. Ich werde jeweils in die Runde fragen, ob dies der Fall ist. Pauline Pauli, ich gebe dir kurz das Wort.

1075 **Bürgerliche Fraktion, Pauline Pauli:** Wie schon gesagt, die Bürgerliche Fraktion ist gegen diesen Vorschlag. Wir müssen dieses Geschäft normal behalten.

1080 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** War das ein Ordnungsantrag? Ich kann sonst kurz darauf reagieren. Wir werden über die Geschäfte einzeln abstimmen. Es werden alle etwas sagen können. Das einzige, was wir machen ist, ich werde nicht einzeln die Fraktionen aufrufen, sondern ich werde nur fragen: Gibt es Fraktionen, die etwas zu sagen haben? Und alle Fraktionen, die etwas zu sagen haben, strecken die Hand auf und werden nach vorne gebeten und können dann auch etwas dazu sagen. Auch die Diskussion wird nachher eröffnet. Es bleibt sich alles gleich, wie gesagt, wir werden nur ein bisschen schneller vorankommen.

1085 Damit kommen wir zum Traktandum Nummer 10 - dem Investitionskredit für die Gesamterneuerung des Onlineportals der Stadt Nidau. Wird das Eintreten auf das Geschäft bestritten? Das ist nicht der Fall. Dann übergebe ich das Wort der zuständigen Stadtpräsidentin, Sandra Hess.

1090 **Stadtpräsidentin, Sandra Hess:** Ja, bei diesem Geschäft geht es eigentlich um zwei Sachen. Sie haben einerseits einen Bericht über den Stand der digitalen Transformation der Stadt Nidau und andererseits haben Sie eine Kreditvorlage für die Gesamterneuerung vom Onlineportal, inklusive der neuen digitalen Dienste. Gleichzeitig erfüllen Sie auch noch die Motion Pauli, die die Übersetzung der Webseite auf Französisch angeregt, respektiv verlangt hat und wir damals, als wir die Motion angenommen haben, in Aussicht gestellt haben, dass wir bei der nächsten Überarbeitung eine zweisprachige Struktur einrichten werden. Es ist ein guter Zeitpunkt, das Onlineportal jetzt zu überarbeiten. Seit 2023 gilt das Gesetz über die digitale Verwaltung. Es besagt, dass alles, was möglich ist, auch digital abgewickelt werden muss. Es entspricht ebenfalls den Legislaturzielen des Gemeinderats, der entschieden hat, dass er die digitale Transformation vorantreiben

will. Aber mit Augenmass und so, dass wir mit unseren personellen Ressourcen nachkommen und so, dass es die Verwaltung letztendlich entlastet und nicht überfordert. Und dass wir nicht mit unserem Projekt dort enden, wo im Moment viele solche Projekte enden, nämlich irgendwo in einem finanziellen Chaos. Und wie Sie gesehen haben im Bericht, machen wir da in kleinen Schritten vorwärts, aber wir kommen vorwärts und sind sehr zufrieden mit dem Stand der Dinge. Wir möchten jetzt den nächsten Schritt machen. Der nächste Schritt ist die Erneuerung des Onlineportals. Damit werden wir die Ziele erreichen, die wir uns gesteckt haben. Die Webseite, das Onlineportal ist aber dann erweiterbar, das heisst es können auch neue Module dazu genommen werden. Starten werden wir mit drei Zusatzmodulen und zwar mit dem Raum Management und dem Reservationssystem. Dann den Dienstleistungen Einwohnerschalter, inklusive einer Bezahlösung und medienbruchfreie Webpublikation für die Behörden. Wir sind überzeugt, dass das ein Mehrwert ist für den digitalen Service Public. Wir vollziehen gesetzliche Vorgaben nach und gleichzeitig können wir nach und nach Ressourcen in der Verwaltung freispielen. Sicher nicht jetzt in einem ersten Schritt, am Anfang braucht es immer etwas mehr Aufwand, aber mittel- und langfristig werden wir Ressource freispielen können. Das konnten wir in der Vergangenheit ja auch schon. Dazu kommen wir im Traktandum 14 noch einmal. Noch ein Wort zur Zweisprachigkeit. Die zweisprachige Struktur ist ein Pionierprojekt. Es gibt es in der Stadt Biel und Bern mehrsprachig, aber in unserem Verwaltungskreis hat das noch kaum eine deutschsprachige Gemeinde. Wir sind immerhin ein zweisprachiger Verwaltungskreis und können darum auch auf finanzielle Unterstützung von rund 20 000 Franken hoffen, die wurde an Fördergelder in Aussicht gestellt. Diese 20 000 Franken entsprechen auch ungefähr den Mehrkosten, die eine zweisprachige Struktur mit sich bringt. Das Ganze ist technisch nicht wahnsinnig schwierig, aber es muss halt doch alles übersetzt werden und das gibt natürlich einen gewissen Mehraufwand. Also alles in allem sind wir überzeugt, dass wir hier mit dem vorliegenden Vorgehen ein gutes pragmatisches Vorgehen gefunden haben. Das Preis-Leistungs-Verhältnis ist hier in einem gesunden Verhältnis. Wir haben einen wirtschaftlichen Weg gefunden, das Onlineportal zu erweitern und können dem Bedürfnis von der zunehmend französischsprachigen Bevölkerung in Nidau Genüge tun, indem wir diese Webseite eben auch zweisprachig anbieten. Ich bitte Sie, diesem Kredit zuzustimmen.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke Sandra Hess. Für die Geschäftsprüfungskommission hören wir Martin Schwab.

Sprecher GPK, Martin Schwab: GPK zeigt sich erfreut, dass ein Kostenvergleich von allen drei Anbietern vorgelegt wurde. Sie dankt in diesem Zusammenhang für die Transparenz in diesem Geschäft. Die GPK stellt zudem fest, dass eine gewisse Abhängigkeit besteht zum Anbieter, für den man sich entschieden hat - zu Talus Informatik AG. Man hat dort mit den Lösungen wie ein kleines Microsoft, was relativ teuer werden kann, wenn man in Zukunft mal diese Schnittstellen oder auch die ganze Dienstleistung auslegen sollte. Die GPK stellt fest, dass alle für den Entscheid notwendigen Unterlagen vorliegen, Fragen wurden entsprechend beantwortet und sie empfiehlt dem Stadtrat einstimmig, auf das Geschäft einzutreten.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Wünscht eine Fraktion das Wort? Die Bürgerliche Fraktion sonst noch jemand? Und Grünliberale Fraktion. Pauline Pauli für die Bürgerliche Fraktion.

Bürgerliche Fraktion, Pauline Pauli: Die Bürgerliche Fraktion möchte verschiedene Punkte in diesem Projekt kommentieren. Die Gesamterneuerung des Onlineportals integriert sich voll in das Projekt der Digitalisierung der Gemeinde. Die Bürgerliche Fraktion hofft, dass die Vorteile dieser

Digitalisierung mit spürbaren Einsparungen in den Prozessen, dem Personalbestand und am Schluss in den Kosten sichtbar werden. Die Webseite der Gemeinde ist ihre Visitenkarte. Wir bedanken uns beim Gemeinderat, die Attraktivität unserer Gemeinde zu stärken. Als Vertreterin der französischsprachigen Minderheit, ist die Übersetzung der Webseite ein grosses Bedürfnis und ich bedanke mich dafür. Aus diesen Gründen unterstützt die Bürgerliche Fraktion das Projekt und den dazugehörigen Kredit.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Merci. Für die Grünliberale Fraktion, Monika Stampfli.

GLP-Fraktion, Monika Stampfli: Ohne uns abgesprochen zu haben, mache ich das Gleiche noch auf Deutsch. Das geplante neue Onlineportal ist ein grösseres Projekt, das auf einer ganz klaren Strategie basiert. Wie Sie wissen, haben wir eine digitale Transformationsstrategie, aus welcher eine Roadmap entstanden ist mit einzelnen Massnahmen, die daraus abgeleitet wurden. Die Grünliberalen begrüssen das strukturierte und auch aus finanzieller Sicht disziplinierte Vorgehen der kleinen Schritte. Wir freuen uns sehr auf die Umsetzung, die nicht nur der Verwaltung, sondern auch den Bürgerinnen und Bürgern von Nidau Erleichterung bringen wird. Wir möchten an dieser Stelle ganz herzlich Manuela Jennings und ihrem Team für das strukturierte Vorgehen danken. Wir stimmen einstimmig zu.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Gibt es weitere Fraktionen, die sich äussern möchten oder Mitglieder des Rats? Dies ist nicht der Fall. Wünscht Sandra Hess ein Schlusswort? Dies ist auch nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe a der Stadtordnung:

1. Das Projekt für die Gesamterneuerung des Onlineportals der Stadt Nidau mit einer zweisprachigen Struktur (Deutsch/Französisch) sowie einer Weiterentwicklung von digitalen Behördenleistungen wird bewilligt und dafür ein Investitionskredit von 160 000 Franken inkl. MWST genehmigt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Dieser wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat kann diese Kompetenz an die zuständige Stelle delegieren.
4. Die Motion 204 zur Einführung einer zweisprachigen Struktur (Deutsch/Französisch) des Onlineportals der Stadt Nidau wird abgeschrieben.

11. Sanierung Looslibrücke - Investitionskredit

Ressort	Tiefbau und Umwelt
Sitzung	12.09.2024

nid 6.2.0 / 74.3

1180

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Wir kommen zu Traktandum Nummer 11, dem Investitionskredit Sanierung Looslibrücke. Wird das Eintreten auf das Geschäft bestritten? Dies ist nicht der Fall. Ich übergebe das Wort an den zuständigen Gemeinderat, Tobias Egger.

1185 **Ressortvorsteher Tiefbau und Umwelt, Tobias Egger:** Guten Abend miteinander auch noch von meiner Seite. Ich möchte es bei diesem Geschäft ganz kurz machen und eigentlich mehr für Ihre Fragen da sein, falls es noch Fragen gibt zu diesem Geschäft. Das Brüggli ist gleich hier hinten und es wäre sehr gut, wenn wir das jetzt sanieren könnten.

1190 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke. Für die Geschäftsprüfungskommission hören wir Käthy Lützelschwab.

1195 **Sprecherin GPK, Käthy Lützelschwab:** Die GPK empfiehlt dem Stadtrat das Geschäft zu behandeln. Die GPK befürwortet, dass ein Prozessmanagement bezüglich Brückenkontrollen erarbeitet werden soll, damit zukünftig regelmässige Kontrollen sichergestellt sind. Die GPK zeigt sich erfreut, dass mit der Gemeinde Port ein öffentlich-rechtlicher Vertrag besteht, welcher diese zu einer Kostenbeteiligung verpflichtet.

1200 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke. Wünscht eine Fraktion das Wort? Wünscht jemand aus der Ratsmitte das Wort? Wünscht Gemeinderat Tobias Egger etwas zu sagen? Damit kommen wir zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe a der Stadtordnung:

1205

1. Das Projekt Sanierung Looslibrücke wird genehmigt und dafür ein Investitionskredit von 181 000 Franken inkl. MWST bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
- 1210 3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Dieser wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat kann diese Kompetenz an die zuständige Verwaltungsabteilung delegieren.

12. Sanierung Pumpwerk und Regenüberlaufbecken Zihlstrasse – Investitionskredit

Ressort	Tiefbau und Umwelt
Sitzung	12.09.2024

nid 6.3.4 / 4.2

1215 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Wir kommen zu Traktandum Nummer 12, dem Investitionskredit Sanierung Pumpwerk und Regenüberlaufbecken Zihlstrasse. Wird das Eintreten auf das Geschäft bestritten? Das ist nicht der Fall. Damit übergebe ich das Wort an den zuständigen Gemeinderat Tobias Egger.

1220 **Ressortvorsteher Tiefbau und Umwelt, Tobias Egger:** Ja auch hier würde einfach für Frage zur Verfügung stehen.

1225 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke. Die Sprecherin der Geschäftsprüfungskommission ist Marlene Oehme.

Sprecherin GPK, Marlene Oehme: Die GPK hat die Unterlagen eingehend geprüft. Wir begrüßen, dass 2021 durch den Stadtrat ein Kredit für ein Leitsystem gesprochen wurde, welches so gewählt ist, dass es kompatibel ist mit den Systemen der Nachbargemeinden. So ist die Kommunikation zum Beispiel bei Alarm sicher und effizient. Die GPK gibt dieses Geschäft zur Behandlung an den Stadtrat weiter.

1230

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Wünscht eine Fraktion das Wort? Wünscht jemand aus der Ratsmitte das Wort? Will Gemeinderat Tobias Egger das Schlusswort? Dann kommen wir zur Abstimmung.

1235 **Stadtratsbeschluss**

Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe a der Stadtordnung:

1. Das Projekt Sanierung Pumpwerk und Regenüberlaufbecken Zihlstrasse wird genehmigt und dafür ein Investitionskredit von 556 000 Franken inkl. MWST bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Dieser wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat kann diese Kompetenz an die zuständige Verwaltungsabteilung delegieren.

1240

1245

13. Sanierung Dr. Schneider-Strasse/Schlossstrasse – Investitionskredit

Ressort	Tiefbau und Umwelt
Sitzung	12.09.2024

nid 6.3.1 / 10

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Wir kommen zu Traktandum Nummer 13, auch ein Investitionskredit, Sanierung Dr.-Schneider-Strasse/Schlossstrasse. Wird das Eintreten auf das Geschäft bestritten? Das ist nicht der Fall. Damit übergebe ich das Wort an den zuständigen Gemeinderat Tobias Egger.

1250

Ressortvorsteher Tiefbau und Umwelt, Tobias Egger: Vielen Dank. Hier möchte ich kurz etwas dazu sagen. Einigen ist es vielleicht aufgefallen, dass es so nicht im Finanzplan eingestellt war. Das hat damit zu tun, dass es zwar schon geplant war, diesen Abschnitt zu machen, aber nicht gerade in der nächsten Zeit. Es ist dann aber so, wie die meisten mitbekommen haben, dass durch die Bauarbeiten im Zusammenhang mit der Seewassernutzung und der Fernwärme Schäden entstanden sind, weshalb man es jetzt sofort machen muss. Der Nachteil daraus ist, dass wir früher etwas machen müssen, als wir wollten. Der Vorteil daraus ist, dass ein grosser Teil davon bezahlt wird durch jene, die den Schaden verursacht haben. Also unter dem Strich ist es das Richtige zur nicht ganz geplanten Zeit. Ich möchte Sie bitten, diesem Geschäft so zuzustimmen.

1255

1260

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Für die Geschäftsprüfungskommission noch einmal Marlene Oehme.

1265

Sprecherin GPK, Marlene Oehme: Die GPK hat auch diese Unterlagen eingehend geprüft. Es ist aus unserer Sicht sinnvoll, mehrere Sanierungen gleichzeitig vorzunehmen und Synergien zu nutzen. Wir begrüßen, dass die Schadensverursacher für einen Teil zur Kasse gebeten werden und dass mehrere Offerten eingeholt wurden und man so eine kostengünstige Variante wählen konnte. Die GPK gibt dieses Geschäft zur Behandlung an den Stadtrat weiter.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Wünscht eine Fraktion das Wort? Wünscht jemand aus der Ratsmitte etwas zu sagen? Wünscht Gemeinderat Tobias Egger etwas zu sagen? Dann kommen wir zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst einstimmig gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe a der Stadtordnung:

1. Das Projekt Sanierung Dr. Schneider-Strasse/Schlossstrasse wird genehmigt und dafür ein Investitionskredit von 185 000 Franken inkl. MWST bewilligt.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Dieser wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat kann diese Kompetenz an die zuständige Verwaltungsabteilung delegieren.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Wir haben vor sieben Minuten die zwei Stunden Limite gerissen, falls jemand eine Pause wünscht, soll er oder sie sich bitte melden, ansonsten würde ich vorschlagen, dass wir durchziehen.

14. Stellenplan – Erhöhung um 100 Stellenprocente

Ressort
Sitzung

Präsidiales
12. September 2024

1290 nid 0.4.7 / 4.1

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Wir gehen weiter mit Traktandum Nummer 14, Stellenplan Erhöhung um 100 Stellenprocente. Wird das Eintreten auf das Geschäft bestritten? Dies ist nicht der Fall, damit übergebe ich das Wort an die zuständige Stadtpräsidentin Sandra Hess.

Stadtpräsidentin, Sandra Hess: Es ist kein Geheimnis, dass unsere Abteilung Infrastruktur seit Jahren eine sehr hohe Arbeitslast aufweist. Fast jedes Projekt, das in Nidau angepackt wird, sei es von der Stadt selber oder von Dritten, kommt früher oder später auf den Tisch von einem Mitarbeiter oder einer Mitarbeiterin in der Abteilung Infrastruktur. Dass die personellen Ressourcen dafür nicht reichen, ist auch keine neue Erkenntnis. Die Frage war einfach, wie viele Ressourcen wirklich fehlen. Wir haben deshalb eine Arbeitsplatzanalyse machen lassen und die hat gezeigt, dass es 220 Stellenprocent sind. Das ist keine schöne Zahl und es ist keine, die Sie hier in diesem Dokument hätten lesen wollen und es ist keine, die ich Ihnen als Antrag hier hätte unterbreiten wollen. Wir haben darum eine Arbeitsgruppe gegründet aus Gemeinderat und Verwaltung, um wirklich sicher zu sein, wie viele Stellen wir tatsächlich brauchen. Wir haben gesagt, wir müssen zuerst überprüfen, ob wirklich alle Dienstleistungen, die in der Infrastruktur erbracht werden, wirklich nötig sind, ob man das allenfalls effizienter machen könnte, ob man Prozesse optimieren,

Leistungen streichen oder auslagern kann. Es hat sich dabei unter anderem gezeigt, dass der Bereich Administration als Schnittstelle für alle drei Bereiche, die in der Abteilung Infrastruktur bestehen, zu wenig gut aufgestellt ist. Und dass es eine grosse Entlastung wäre für die Bereichsleitenden, wenn die Administration gestärkt werden könnte, so dass sie sich wieder auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können. Wir konnten verschiedene Aufgaben auslagern. Sie können es in den Akten lesen, ich gehe hier nicht weiter darauf ein. Wir konnten Prozesse vereinfachen und Aufgaben einstellen. Nach dem Abschluss von einem langen und intensiven Prozess, den wir zusammen mit der Verwaltung gemacht haben, kommt der Gemeinderat zum Schluss, dass wir Ihnen den Antrag stellen, den Gesamtstellenplan in der Verwaltung um 100 Stellenprozent zu erhöhen. Mit diesen 100 Stellenprozent ist vorgesehen, die Administration in der Infrastruktur zu verstärken, eine zusätzliche Person anzustellen und gleichzeitig auch eine Leitungsfunktion als Ansprech- und Schnittstellenfunktion zu bezeichnen. Als Ansprech- und Schnittstelle zu den einzelnen Bereichsleitenden, aber natürlich auch gegen aussen. Sei es innerhalb der Verwaltung, aber selbstverständlich auch gegenüber der Bevölkerung. Wir sind überzeugt, dass wir mit dieser Massnahme die Abteilung Infrastruktur effizient, haushälterisch und zielführend stärken können. Gleichzeitig haben wir ein kühnes Versprechen gemacht. Sie haben es gesehen. Wir gehen nämlich davon aus, dass wir mit der Digitalisierung der Gesamtverwaltung in den nächsten zwei bis drei Jahren an verschiedenen Stellen werden Ressourcen sparen können. Das heisst, wir haben es im Vortrag geschrieben, bis Ende 2027 gehen wir davon aus, dass wir 100 Stellenprozent einsparen können. Diese Einsparung sehen wir nicht in der Infrastruktur auf dieser neuen Stelle vor, das möchte ich betonen. Sondern in der Gesamtverwaltung. Die 100 Prozent werden sich aus vielen kleinen Reduktionen zusammensetzen, von denen wir ausgehen, dass sie in den nächsten drei Jahren vorgenommen werden können, so dass sie in der Summe auf Ende 2027 100 Stellenprozent ergeben. Darum würde ich mich gegen alle Anträge wehren, die diese Stelle befristen möchten. Das ist wirklich nicht das Ziel. Also wir wollen nicht auf dieser Stelle sparen in den nächsten drei Jahren, sondern wir wollen die 100 Prozent auf der Gesamtverwaltung einsparen. Wenn das auch innerhalb der Infrastruktur möglich sein sollte, dann machen wir das selbstverständlich auch dort. Das sieht aber im Moment nicht danach aus. Die Frage nach der Verbindlichkeit, die schon in der GPK aufgekommen ist, die kann ich natürlich gut nachvollziehen. Da kann ich sagen, politisch ist diese Sache auf jeden Fall verbindlich. Wenn ich hier vorne stehe und sage, das ist unser Ziel und es steht in den Akten, dann ist das ziemlich verbindlich. Ich kann mir jetzt auch nicht vorstellen, dass der Stadtrat bis Ende 2027 vergisst, dass wir das mal versprochen haben. Nichtsdestotrotz kann ich verstehen, wenn man da doch noch etwas mehr Verbindlichkeit möchte. Als vertrauensbildende Massnahmen haben wir vorgesehen, dass Sie künftig eine Übersicht über den Stellenplan erhalten, so wie Sie das jetzt auch im Traktandum 15 erhalten haben. Das bekommen Sie dann jährlich mit dem Budget. Also der Stand der Dinge soll Ihnen jährlich mit dem Budget zur Kenntnis gebracht werden. Ich verzichte darauf, hier länger zu werden. Sie können alles den Akten entnehmen und ich bitte Sie, zur Entlastung und zur Stärkung der Abteilung Infrastruktur, eine absolut zentrale Funktion in der Stadt Nidau - ich sage es nochmal, jedes Projekt, fast jedes Reglement läuft über diese Abteilung - darum ist es wichtig, dass sie funktionsfähig und im Rahmen von ihren Aufgaben, innert nützlicher Frist, diese auch erledigen kann. Darum bitten wir Sie, dieser Stellenerhöhung um 100 Prozent auf dem Gesamtstellenplan zuzustimmen.

1350

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke Sandra Hess. Für die Geschäftsprüfungskommission, Michael Rubin.

1355 **Sprecher GPK, Michael Rubin:** Die GPK stellt fest, dass alle für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen. Die GPK hat diese auch geprüft. In der GPK wurde diskutiert, wie kontrolliert wird, ob 2028 die versprochenen 100 Stellenprozente auch tatsächlich eingespart werden. Die Antwort haben sie vorhin von Frau Stadtpräsidentin gehört. Also liegt es an uns. Die GPK empfiehlt dem Stadtrat einstimmig, das Geschäft zu behandeln.

1360 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke. Wir kommen zu den Sprechern der Fraktionen. Zuerst Bürgerliche, dann SVP, Grünliberale, SP und dann Grüne/EVP. Für die Bürgerliche Fraktion hören wir zuerst Martin Fischer.

1365 **Bürgerliche Fraktion, Martin Fischer:** Danke Sandra Hess. Auch wenn das Versprechen kühn ist und wir das dem Gemeinderat sicher glauben, möchten wir doch noch etwas mehr Verbindlichkeit. Wir finden, mit diesen 90 000 Franken Totalkosten für eine leitende Position ist es sehr ambitioniert. Wir begrüßen das natürlich, nichtsdestotrotz bestreiten wir nicht, dass die 220 Prozent in der Infrastruktur fehlen. Wir hatten selber die Erfahrung und gesehen, dass die Leute sehr unter Druck sind. Es ist auch Diverses seit der Studie ausgelagert worden. Die Elektrizitätsversorgung wurde ausgelagert, das konnten wir in den Unterlagen sehen. Das sind 30 Prozent. Die Liegenschaftsverwaltung wurde ausgelagert und wir haben inzwischen erfahren, dass das damals schon eingerechnet war. Dann hat man die Bootsplatzvermietung ausgelagert. Wir hätten uns gewünscht, dass das verständlicher wäre dargestellt worden, damit man eine Übersicht hat, wie es zu Stande kommt und wo wir liegen. Ob wir die 20 Prozent jetzt aufgefüllt haben oder ob wir dort immer noch zu wenig Ressourcen haben. Wie gesagt, das kühne Versprechen möchten wir gerne etwas verbindlicher und darum würden wir dort noch einen Änderungsantrag machen. Sonst stimmen wir diesem Geschäft einstimmig zu.

1370
1375

1380 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke. Für die SVP-Fraktion Leander Gabathuler.

SVP-Fraktion, Leander Gabathuler: Ja, es steht ausser Frage, die Infrastruktur Abteilung hat viel zu tun. Sie ist stark ausgelastet und teilweise überlastet. Vielleicht noch ein kleiner historischer Kontext für all jene, die erst seit kurzem oder seit ein paar Jahren im Stadtrat sind, was die meisten von Ihnen sind. Ich weiss nicht, wer von Ihnen im November 2016 schon dabei war. Damals hat man nämlich der Abteilung Infrastruktur mehr Ressource zur Verfügung gestellt. Also schon dann hat man erkannt, dass sie eigentlich unterbesetzt ist. Ich möchte Ihnen da schnell ein Zitat vorlesen von den damaligen Unterlagen. «Erstens sei die Abteilung optimal organisiert, das Ressourcendefizit kann nicht durch weitere Effizienzsteigerung kompensiert werden und zweitens sollte für die Erfüllung der notwendigsten Aufgaben eine befristete Stelle von mindestens 60 bis 80 Prozent geschaffen werden.» Was hat man dann gemacht? Man hat zwei permanente Vollzeitstellen mehr geschaffen. Also deutlich mehr, als von der externen Stelle empfohlen wurde. Heute, acht Jahre später, kommen externe Berater zu einem ganz anderen Fazit, nämlich man sollte noch mehr Stellen schaffen. Einverstanden, wir holen dort einen Investitionsstau auf, den man in den letzten Jahren aufgestaut hat, weil man eben zu wenig Ressourcen hatte. Also die Reorganisation und die zwei zusätzlichen Stellen haben sicher etwas bewirkt. Das spürt man heute im Vergleich zu diesen vorherigen Jahren. Dennoch gibt es bei uns einige Fragezeichen. Dass das Pensum oder Stellenprozente in der Abteilung in diesen acht Jahren rund verdoppelt wurden und man nach noch mehr Personal schreit. Ich habe irgend so ein Bauchgefühl, selbst wenn wir das hier und heute so genehmigen, dass wir in ein paar Jahren wieder über eine Stellenplanerhöhung - vielleicht für eine andere Abteilung, vielleicht für die gleiche - reden werden. Wir haben es auch grad gehört, ein Teil der Aufgaben werden an Externe ausgelagert. Das ist ja auch okay, das

1385
1390
1395
1400

kann man machen. Aber dadurch entstehen ja auch nochmal Kosten. Also wenn wir nachher mit den Schlienger austreten und sie langsam Richtung Deutschland zurückfahren, fahren sie ja auch nicht Richtung Genf. Aber bildlich gesprochen machen wir hier genau das. Wir fahren in die
1405 völlig falsche Richtung, wenn wir sparen wollen. Wir erhöhen an allen Ecken und Enden die Kosten. Wie gesagt, dass die Abteilung einen gewissen Bedarf hat, das sehen wir. Unserer Meinung nach soll das die Gemeinde intern verschieben. Sie sehen es dann im nächsten Traktandum, sie macht das jetzt ohnehin schon. Und weil es sich um eine administrative Stelle handelt, ist das
1410 durchaus möglich, weil es keine fachliche Stelle ist. In diesem Sinn sind wir der Meinung, dass es diese Stellenplanerhöhung nicht braucht. Die Gemeinde soll es intern verschieben. Wir lehnen
1415 folge dessen das Geschäft hier ab. Wir werden aber, im Sinn einer Schadensbegrenzung, dem Antrag, welcher die Bürgerlichen stellen werden, zustimmen.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Für die Grünliberale Fraktion spricht René Dancet.
1415

GLP-Fraktion, René Dancet: Vieles wurde schon gesagt, von dem her kann ich mich relativ
kurzfassen. Nicht überraschend, sind wir natürlich nicht sehr erfreut. Und es freut mich, dass
auch die Stadtpräsidentin nicht sehr erfreut ist mit diesem Antrag, wenn es darum geht Stellen zu
erhöhen und Mehrkosten zu generieren. Ich habe es aufgeschrieben und sage es trotzdem. Es
1420 wäre begrüssenswert, wenn wir in Zukunft einmal im Jahr in der Budgetdebatte eine Gesamt-
schau machen könnten. Aber positiv, dass es glaube ich aufgenommen ist und wir in zwei Mona-
ten das nächste Mal darüber reden werden und eine Gesamtschau machen können, um nicht Ein-
zelanträge, wie jener heute, zu behandeln. Wenn ich die Unterlagen lese, ist es viel, es wird dar-
gelegt, die Stelle braucht es. Ich bin zwar nahe bei Leander Gabathuler, es hat scheinbar schon
1425 2016 ähnlich getönt. Aber wir sind der Meinung, dass wir dieser Stelle jetzt zähneknirschend zu-
stimmen werden. Aber wie gesagt, wir werden in zwei Monaten wieder über Personalbestand und
Personalkosten reden müssen.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Für die SP-Fraktion, Luzius Peter.
1430

SP-Fraktion, Luzius Peter: Guten Abend, guten Abend liebe Gäste aus Schliengen. Stellenplan-
erhöhung ist nie beliebt. Bei niemandem. Das generiert Kosten und das wollen wir ja nicht unbed-
ingt. Wir verstehen, dass die Infrastruktur mehr Ressource braucht. Nur gerade heute in dieser
Stadtratssitzung haben wir drei bis vier Projekte, die ganz sicher dort landen werden. Wir haben
1435 in den letzten zwei Jahren massive Projekte lanciert, das generiert halt einfach Arbeit. Das muss
unbedingt auch zeitnah abgearbeitet werden können. Darum macht diese Stellenerhöhung abso-
lut Sinn. Wir begrüssen auch die Ankündigung der Stadtpräsidentin, dass regelmässig überprüft
wird, welche Stellen aufgehoben werden könnten damit wir nicht einfach den Apparat aufblasen.
Denken Sie auch daran, wenn wir diese Stellenerhöhung ablehnen würden, ist die Arbeitslast auf
1440 der Abteilung Infrastruktur gross und wir riskieren, dass gewisse fähige Leute dann den Hut zie-
hen und an andere Orte gehen. Das möchten wir unbedingt vermeiden und stimmen dieser Stel-
lenerhöhung zu.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Für die Fraktion Grüne/EVP spricht Michael Rubin.
1445

Fraktion Grüne/EVP, Michael Rubin: Die Fraktion Grüne/EVP war etwas erstaunt, in Zeiten
von grossen Sparanstrengungen eine neue 100 Prozent Stelle beantragt zu bekommen. Wir sehen
aber die Notwendigkeit und es ist klar, es wurde auch schon vorher gesagt, die Arbeitsbelastung

1450 auf diesen Abteilungen ist hoch. Luzius Peter hat es vorhin gesagt, wir wollen, dass die fähigen Leute bleiben und darum ist klar, dass wir diesem Antrag zustimmen werden.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Es liegt in dem Fall ein Änderungsantrag der Bürgerlichen Fraktion vor. Gibt es andere Anträge? Dies ist nicht der Fall. Dann würde ich Martin Fischer bitten, den Antrag vorzustellen und zu stellen.

1455 **Martin Fischer, FDP:** Die Bürgerliche Fraktion stellt den Antrag, den Beschlussentwurf wie folgt zu ändern: Punkt 1 soll so belassen werden. Punkt 2, die Gesamtzahl der Stellen ist bis zum 1. Januar 2028 um mindestens 100 Stellenprozent zu reduzieren. Die Begründung: Für uns ist unbestritten, dass die Stelle in der Infrastruktur nötig ist und wir erachten den Bedarf als ausgewiesen. Wir haben aber Spardruck. Die Stadt Nidau steuert auf finanziell schwierige Zeiten zu. Darum müssen wir Mechanismen entwickeln, dass wir das automatisch erfüllen können. Darum ist es uns wichtig, dass es einen gewissen Sparautomatismus gibt, dass Ausgaben - wie wir es schon in der Vorlage angekündigt haben - also die Stelle befristet ist und dass sie automatisch nach der Frist endet. Und dass wir so automatisch sparen und wenn wir Ausgaben machen, dass wir diese bewusst mit Entscheiden machen. Wenn wir dann sehen, dass die Stelle in der Realität weiter notwendig ist, kann man wieder einen Antrag stellen, diese Stellenprozente zu erhöhen. Wir sind nicht gegen diese Stelle in der Infrastruktur, aber gegen die generelle Erhöhung und möchten einen Automatismus drin, dass es anfangs 2028 automatisch wieder zurückgeht. Noch einmal, Punkt 1 vom Beschlussentwurf möchten wir stehen lassen. Punkt 2 wollen wir wie folgt ändern:
1460
1465
1470 «Die Gesamtzahl der Stellen ist bis zum 1. Januar 2028 um mindestens 100 Stellenprozente zu reduzieren.»

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke für klare Darlegung. Die Diskussion ist offen. Wer wünscht das Wort aus der Ratsmitte? Martin Schwab hat das Wort.

1475 **Martin Schwab, SP:** Danke, es handelt sich nur um eine kleine Frage zu diesem Änderungsantrag. Was würde es bedeuten, also wenn der zuständige Gemeinderat vielleicht darauf Antwort geben könnte aus der Abteilung Infrastruktur. Wenn das jetzt angenommen werden wird, bis 2028 verbindlich eine Stelle um 100 Prozent zu reduzieren. Was würde das bedeuten, dass im schlimmsten Falle eine Person aufgrund der Deadline entlassen werden müsste. Würde es das bedeuten?

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Ich übergebe das Wort gleich an Sandra Hess, dann kann sie gleich darauf reagieren.

1485 **Stadtpräsidentin, Sandra Hess:** Ja danke. Ich kann mich gerne äussern zu diesem Antrag. Ich habe gesagt, ich würde mich wehren, wenn man diese spezifische Stelle befristen wollen würde. Aber der Antrag ist ja so, dass man sagt, der Gesamtstellenplan muss per 1. Januar 2028 um 100 Stellenprozent reduziert werden. Also im Prinzip ist einfach das verschriftlicht, was ich hier vorhin schon in Aussicht gestellt habe. Von daher kein Problem. Und zuhanden von Martin Schwab. Also wenn es auf keine Art und Weise möglich wäre, dass man diese Stelle einsparen kann, so wie wir das sagen, dass wir es können werden in den nächsten drei Jahren, dann müssten wir im schlimmsten Fall im November oder vorher kommen, es offen legen und sagen, wir schaffen es nicht. Aber wie gesagt, es ist eigentlich nur das verschriftlicht, was ich vorhin schon gesagt habe.
1490
1495 In diesem Sinn können Sie diesem Antrag aus unserer Sicht gut zustimmen.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke Sandra Hess. Sind noch weitere Voten oder Fragen da? Dies ist nicht der Fall. Dann werden wir über den Änderungsantrag abstimmen.

1500 Der Änderungsantrag wird mit 21 Ja / 6 Nein / 2 Enthaltungen angenommen.

Wir behandeln nun das Geschäft inklusive der Änderung in Punkt 2, welche wir eben angenommen haben. Bevor wir aber abstimmen, möchte ich die Diskussion nochmals eröffnen. Gibt es Wortmeldungen? Möchte die Stadtpräsidentin das Schlusswort? Dies ist nicht der Fall. Damit
1505 kommen wir zur Abstimmung.

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Nidau beschliesst mit 25 Ja / 4 Nein gestützt auf Artikel 54 Absatz 1 Buchstabe i der Stadtordnung:

- 1510
1. Die Gesamtzahl der zu bewirtschaftenden Stellen des Gemeindepersonals wird um 100 Stellenprocente erhöht und beträgt 2025 somit 5 585 Prozent.
 2. Die Gesamtzahl der Stellen ist bis zum 1. Januar 2028 um mindestens 100 Stellenprocente zu reduzieren.

1515 ***15. M 220 Richtlinienmotion Stellenplan um min 50 Stellenprocente reduzieren***

Ressort
Sitzung

Präsidiales
12.09.2024

nid 0.1.6.2 / 8.8

1520 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Wir kommen damit zu den Vorstössen, Traktandum Nummer 15, Motion 220 - Stellenplan um mindestens 50 Stellenprocente reduzieren. Der Gemeinderat empfiehlt die Annahme der Motion als Richtlinienmotion. Das Wort hat Stadtpräsidentin Sandra Hess.

1525 **Stadtpräsidentin, Sandra Hess:** Also wir machen weiter bei den Stellen. Diese Richtlinienmotion will, dass der Gemeinderat den Stellenplan um mindestens 50 Prozent reduziert und zwar bis am 1. Januar 2026. Also knüpfen wir eigentlich gerade an die Diskussion von vorher an. Und ja, wir haben vorher schon darüber diskutiert. Ich kann sagen, wir haben hier eine gute Nachricht. Also das, was die Richtlinienmotion fordert, das machen wir. Und zwar schon in diesem Jahr. Wie Sie das sehen in Ihren Unterlagen auf der Seite drei sehen Sie, wie wir in den letzten Jahren verschiedenste Verschiebungen, Umstellungen, Abbau von Stellen vorgenommen haben. Und wenn
1530 Sie die Tabelle anschauen, sehen Sie, dass wir inklusive der bewilligten Stelle, also die 100 Prozent, die Sie vorher verdankenswerterweise bewilligt haben, im Jahr 2025 zum Vorjahr 2024 eine Stellenreduktion um 155 Prozent haben. Oder wenn Sie die Stelle nicht bewilligt hätten, dann wären es sogar 255 Prozent gewesen. Interessant ist es, Sie haben einen recht ausführlichen Bericht bekommen. Sie bekommen einen Bericht über die Stellensituation und die verschiedenen Aufgaben, die die Stadt Nidau erfüllt. Und Sie sehen eben auch, dass wir immer wieder Arbeitsplatzanalysen gemacht haben und immer wieder geschaut haben, wo man Aufgaben allenfalls abbauen oder umstrukturieren kann. Wo kann man Stellen abbauen oder in andere Abteilungen verschieben und effizienter organisieren. Diese Aufgabe machen wir laufend und das werden wir
1535 auch weiterhin machen. Ich finde es auch interessant, wenn Sie das gesehen haben auf Seite 5, bekommen Sie eine Übersicht über die Entwicklung der Personalkosten 2018 bis 2023. Es wird ja
1540

gern gesagt, dass die Kosten immer steigen ins Unermessliche, immer mehr Stellen und noch höhere Kosten. Das von den noch mehr Stellen, haben wir gerade widerlegt mit der Tabelle oben. Und Sie sehen in der nächsten Tabelle auch, dass wir mit einem Wachstum von 1,24 Prozent doch
1545 sehr ein moderates Wachstum bei den Personalkosten haben. Eine weitere Reduktion von weiteren 50 Prozent ist im Moment nicht möglich aus den bekannten Gründen. Ich habe es vorhin schon gesagt und möchte einfach noch betonen, dass die Stadt Nidau grundsätzlich keine Aufgaben erfüllt oder selbst erfindet, sondern das sind Aufgaben, die uns angetragen werden, die Sie hier drin beschliessen und entsprechend müssen wir dafür die personellen Ressourcen zur Verfügung
1550 stellen. Wir sind darum überzeugt, wenn wir in der nächsten Zeit einen grossen Schritt machen wollen und merklich den Stellenplan reduzieren möchten, dann werden wir nicht darum herum kommen zu sagen, welche Leistungen wir künftig nicht mehr anbieten wollen. Aber das ist vielleicht schon ein Ausblick auf die Diskussionen, die wir noch haben werden im Rahmen der Finanzstrategie. Der Gemeinderat beantragt Ihnen, diese Motion oder Richtlinienmotion anzunehmen und ich kann Ihnen sagen, wir haben Sie erfüllt.
1555

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Das Wort hat der Motionär Leander Gabathuler.

Motionär, Leander Gabathuler: Besten Dank für die sehr interessante Antwort. Wir haben gesehen, dass sich der Gemeinderat dazu sehr ausführliche Gedanken gemacht hat. So etwas wie
1560 diese Version, die uns vorliegt, habe ich mir vorgestellt, als ich diese Motion eingereicht habe. Ich bin aber nur halb zufrieden. Man hat sehr gute Arbeit geleistet zu analysieren, wo man in Vergangenheit war und wo man jetzt steht. Etwas, was mir aber völlig fehlt und eigentlich Bestandteil gewesen wäre, ist ein ganz klarer Plan, wo man in Zukunft hin will. Es steht richtig in den Unterlagen, es braucht eine Diskussion, welche Leistungen wir künftig noch anbieten wollen. Man muss
1565 allenfalls priorisieren und abgeleitet davon, kann man dann sagen, wo brauchen wir wie viele Stellen. Es ist sicher sehr positiv, wenn das künftig, wie wir gehört haben, jedes Jahr wieder im Budget sein wird. Wir werden sehen, wo wir stehen. Das heisst, diese Sicht, die wir jetzt haben, werden wir künftig jedes Jahr haben. Das ist sicher sehr gut. Es ist auch sehr verständlich. Aber
1570 wenn wir schauen, und die Dokumente haben mittlerweile alle bekommen, wie die Fraktionen zu den einzelnen möglichen Massnahmen der Finanzbegleitgruppe stehen - an denen wir schon ziemlich lange arbeiten - dann ist die Überprüfung des Stellenplans eine der Positionen, die am meisten Zustimmung erhalten hat. Und es ist auch wenig überraschend, es ist eine der Positionen, die wir relativ gut selbst beeinflussen können. Vielleicht noch eine kurze Bemerkung dazu,
1575 dass die Anzahl Stellen reduziert wurden. Das stimmt natürlich, wenn man die Übersicht hier anschaut. Es hat aber auch ein paar Positionen drauf, die eigentlich nicht klassische Verwaltungsaufgaben sind. Zum Beispiel eine ziemlich grosse Reduktion basiert aufgrund der Kita Schliessung. Das ist nicht eine klassische Gemeindeaufgabe. Wenn wir die klassische Verwaltung anschauen, dann zeigt der Stellenplan nach oben. Auch das ist wertvoll zu erkennen auf so einer
1580 Übersicht, wo es Zuwächse gab und wo abgebaut wurde. Der Gemeinderat schreibt in den Unterlagen, dass die Nidauer Finanzen solide aussehen. Da bin ich etwas anderer Meinung. Wir wissen, wir haben einen Handlungsspielraum, der uns fehlt, von etwa vier bis fünf Millionen Franken pro Jahr. Indem wir den Stellenplan künftig anpassen, denke ich, kann man einen Beitrag dazu leisten, den Handlungsspielraum wieder zu vergrössern. Ich freue mich natürlich, dass der Gemeinderat diese Motion annehmen will. Ich würde mich natürlich auch freuen, wenn Sie dem zustimmen. Ich finde aber, die Diskussion wo wir in Zukunft hinwollen, die haben wir noch nicht geführt. Ich würde es schön finden, wenn wir die gemeinsam führen könnten. In diesem Sinn beantrage ich Ihnen, den Beschlusspunkt 6 und 7 noch nicht vorzunehmen und freue mich, wenn Sie dem
1585

1590 zustimmen und auf den Vorschlag, der dann hoffentlich von Seiten des Gemeinderats kommen wird, um diese Diskussion später zu führen.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Habe ich richtig verstanden, ist das ein Antrag auf eine Änderung?

1595 **Motionär, Leander Gabathuler:** Einfach Nummer 6 und 7 noch nicht abschreiben.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Richtlinienmotionen werden stillschweigend abgeschrieben nach der Behandlung des gemeinderätlichen Berichts. Wünscht Sandra Hess noch etwas zu dieser Motion zu sagen? Das ist nicht der Fall. Dann schreiten wir zur Abstimmung.

1600 **Stadtratsbeschluss**

Einstimmige Annahme als Richtlinienmotion

16. M 218 Le Passeport Vacances de Bienne: accessible aux nidowiens scolarisés à Bienne

Ressort Bildung, Kultur, Sport
Sitzung 12.09.2024

1605 nid 0.1.6.2 / 8.3

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Damit kommen wir zu Traktandum Nummer 16, Motion 218 - le passeport Vacances de Bienne: accessible aux Nidowiens scolarisés à Bienne. Der Gemeinderat empfiehlt die Annahme der Motion als Richtlinienmotion. Die zuständige Gemeinderätin Amélie Evard verzichtet auf ein Votum. Das Wort geht direkt an die Motionärin Pauline Pauli, sie möchte auch nichts dazu sagen. Wird eine Diskussion im Plenum verlangt? Das ist nicht der Fall. Damit kommen wir zur Abstimmung.

1610

Stadtratsbeschluss

Einstimmige Annahme als Richtlinienmotion

1615

17. P 235 Postulat für die Sicherung der Kitaplätze

Ressort Bildung, Kultur, Sport
Sitzung 12.09.2024

nid 0.1.6.2 / 8.6

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Wir kommen zu Traktandum Nummer 17, das Postulat 235, die Sicherung der Kitaplätze. Der Gemeinderat empfiehlt eine Ablehnung des Postulats. Das Wort hat die zuständige Gemeinderätin, Amélie Evard.

1620

Ressortvorsteherin Bildung Kultur Sport, Amélie Evard: Werter Herr Stadtratspräsident, liebe Frau Stadtpräsidentin, werter Postulant, lieber Luzius Peter, liebe Kolleginnen und Kollegen und besonders guten Abend werte Gäste aus Schliengen auch noch von meiner Seite. Ich versuche es kurz zu halten, dass wir dann doch noch zusammen ein Glas Wein trinken können. Aber ich möchte hier doch schnell die Zeit nutzen, dem Postulanten Antwort zu geben. Ich bedanke mich bei Luzius Peter für das eingereichte Postulat und das Anliegen. Zur Einleitung möchte ich anfügen, dass wir das Postulat entgegengenommen und beantwortet haben, obwohl es aus dem Wortlaut heraus eine Motion gewesen wäre. Gleich haben wir daraus heraus erkannt, was das Anliegen ist, nämlich einen Gesamtüberblick über das Betreuungsangebot und die Betreuungsplätze der Stadt Nidau zu erhalten. Gerne sage ich folglich ein bisschen ausführlicher etwas zu den Kitaplätzen in der Stadt Nidau und hole darum etwas aus, damit ich das Anliegen so schon mal so

1625

1630

umfangreich wie möglich abdecken und so die Frage abschliessend beantwortet werden kann. Im
1635 vergangenen Jahr haben in Nidau rund 164 Kinder im Vorschulalter gelebt. In der Stadt Nidau
bieten eine städtische und drei private Kitas insgesamt etwas mehr als 100 Plätze für Kinderbe-
treuung an. Zu den Plätzen gehe ich nicht weiter ein, Sie haben das alles in einer Gesamtüber-
sicht im Geschäft erhalten. Dem Gemeinderat ist es aber ein zentrales Anliegen, dass Nidau ein
1640 attraktiver Wohnort für Familien ist. Er ist überzeugt, dass dies auch heute schon der Fall ist. Der
Wohnraum in Nidau ist absolut gesucht und gerade bei jungen Familien sehr beliebt. Allerdings
muss sich die Stadt Nidau nicht dazu verpflichten, dafür zu sorgen, dass in der Stadt selbst genü-
gend Kitaplätze vorhanden sind. Es besteht keine gesetzliche Leistungserbringungspflicht einer
Führung einer eigenen städtischen Kita. Die meisten Gemeinden im Kanton Bern führen im Ge-
1645 gensatz zu uns in Nidau, selbst keine öffentliche Kita. Mit der Einführung des Systems der Betreu-
ungsgutscheine Kibon in Nidau am 1. August 2020, wurden die Weichen der Kinderbetreuung in
Nidau neu gestellt. Die Gemeinde und der Kanton Bern entlasten die Eltern finanziell für die Kin-
derbetreuung direkt. Dabei spielt es für die Eltern keine Rolle mehr, ob die Kinder bei einer priva-
ten oder einer öffentlichen Kita angemeldet sind. Auch Tageseltern werden im Kibon-System sub-
1650 ventioniert. Weiter ist es wichtig zu betonen, dass sich die Stadt Nidau im vollen Umfang an den
Betreuungsgutscheinen beteiligt. Die Gemeinden hätten die Möglichkeit, das Angebot einzu-
schränken. Nidau hat sich aber bisher gegen solche Einschränkungen entschieden, obwohl die
jährliche Nachfrage und damit auch die Kosten - wir reden hier von Bruttokosten von rund
860 000 Franken und Nettokosten von rund 172 000 Franken - im Jahr 2023 gestiegen sind. Das
1655 System erlaubt es den Eltern in Nidau zudem, Betreuungsplätze im ganzen Kanton zu denselben
Konditionen zu finden. So können die Eltern auch beschliessen, ihre Kinder in einer anderen Ge-
meinde zu betreuen, weil diese Betreuungsplätze beispielsweise näher an ihrem Arbeitsort liegen.
Es ist also zu kurz gegriffen, nur Betreuungsplätze in Nidau aufzuzählen und daraus die Schlüsse
zur Betreuungssicherheit zu ziehen. Das Betreuungsangebot wird rund um Nidau angeboten und
steht auch den Kindern aus Nidau offen. Es handelt sich hier also um ein überregionales Angebot.
1660 Andererseits wird nicht jeder Kitaplatz in Nidau auch von einem Kind von Nidau belegt. So werden
in unserer städtischen Kita auch Kinder aus Port und Ipsach betreut. Die Stadt Nidau hat die
städtische Kita zwar verkleinert, vor allem auch wegen dem Rückzug der Nachfrage, sie aber be-
wusst und willentlich nicht gänzlich geschlossen. Rund 12 Kitaplätze werden weiterhin in unserer
städtischen Kita angeboten und geführt. Auch aufzuzeigen ist, dass das Führen einer städtischen
1665 Kita nicht rentabel ist und dass das Stadtbudget, wie ich es vorhin aufgezeigt habe, auch belastet
wird. Die Vorteile des eigenen Angebots liegen aber dort drin, dass im Fall eines Betreuungsnot-
standes, wie wir ihn aber noch nie gehabt haben, die Kitaplätze auf Nidauer Kinder begrenzt wer-
den können. Zudem variiert je nach Wochentag auch die Nachfrage nach den Kitaplätzen sehr
stark. So ist am Montag, Dienstag und Donnerstag der Bedarf an Kitaplätzen hoch. Hingegen ist
1670 die Nachfrage für Mittwoch und Freitag tiefer, als an den anderen Tagen. Und sogar haben wir
Mühe, diese Plätze auch füllen zu können. Zum Schluss kann ich zusammenfassend sagen, dass
die Stadt Nidau ein sehr attraktiver Wohnort für Familien ist. Das Betreuungsgutscheinsystem er-
füllt die Anforderungen sehr gut. Im Stadtgebiet sind drei private Kitas angesiedelt, eine davon
hat sogar die Absicht, das Angebot noch zu erweitern. Die Stadt Nidau unternimmt für die Unter-
1675 stützung in der Betreuung der Vorschulkinder mehr, als sie eigentlich müsste. Sie stellt die Kibons
ohne zusätzliche Einschränkungen zur Verfügung und führt zudem auch eine eigene städtische
Kita ohne Leistungszahl. An dieser Stelle möchte der Gemeinderat nicht unerwähnt lassen, dass
es auf dem Stadtgebiet zusätzlich auch noch fünf Spielgruppen gibt. Auch diese leisten ihren Bei-
trag zur Betreuung dieser Kinder. Sie sehen, die Stadt Nidau hat ein immenses Angebot für die
1680 Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Jährlich wiederkehrende Auskünfte an den
Stadtrat oder Betreuungsangebote durch einen ausführenden Bericht, hält der Gemeinderat für

nicht zielführend, da wie erläutert diese Zahlen zu wenig aussagekräftig sind. Weiter kann die Stadt Nidau durch dieses Postulat keine Betreuungssicherheit für jedes Kind in Nidau gesetzlich garantieren. Wenn man sich also jährlich für die neuen bzw. aktuellen Zahlen interessiert, hat der
1685 Postulant und auch alle anderen Ratsmitglieder aber immer die Möglichkeit in sinnvollen Abstän-
den mit einer einfachen Anfrage nachzufragen, wie der Stand ist. Oder man kann sich auch im-
mer wieder bei der Abteilung BKS telefonisch oder per Mail informieren. Weil mehr oder ausführli-
che Aussagen im Zusammenhang von den Zahlen, die ich hier gemacht habe, werden wir nicht
machen können. Darum beantragen wir die Ablehnung dieses Postulats.

1690

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Das Wort hat der Urheber des Postulats, Luzius Pe-
ter.

Postulant, Luzius Peter: Vielen Dank für die ausführliche Antwort über die gemeindeeigene Kita
1695 in Nidau. Es hat mich einfach aufgeschreckt, die Schliessung am Kanalweg. Das zeigt, dass die
Gemeinde eigentlich versucht, dort Kosten einzusparen und das reduzieren möchte und Privaten
überlassen. Ich bin der Meinung, das ist meine persönliche Meinung, dass das nicht ganz der rich-
tige Weg ist. Ich habe es persönlich selbst erlebt, wie das ist, wenn eine private Kita mit rund
zwei Monaten Vorlaufzeit sagt, sie würden schliessen. Wir waren damals extrem dankbar, dass
1700 Nidau eine Kita hat und unsere Kinder dort weiter gehen konnten. Darum ist es mir ein Anliegen.
Auch wenn es von verschiedenen Seiten schon angetönt wurde, dass man schauen muss bei der
Kita, ob es noch reicht mit dem Geld. Es ist mir ein Anliegen, dass man klar weiss, wie viele Kin-
der dort gehen und wie viele auf der Warteliste sind. Ich werde das Angebot für die einfache An-
frage auf jeden Fall aufnehmen.

1705

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Das Postulat ist bestritten, deshalb ist die Diskussion
eröffnet. Wer wünscht das Wort aus der Ratsmitte? Noemi Kallen zuerst und dann Monika
Stampfli.

Noemi Kallen, SP: Ich möchte sehr schnell darauf eingehen, was Amélie Evard am Anfang des
1710 Statements gesagt hat. Zwar dass das Postulat nicht die richtige parlamentarische Form oder Art
von Vorstoss gewesen ist. In der Vergangenheit haben wir es so gehandhabt, dass Postulate in
Motionen umgewandelt wurden. Oder dass es vorgeschlagen wurde vom Gemeinderat. Aber dafür
müsste der Gemeinderat auch den Willen haben, diese Motion auch weiterzuziehen und zu beant-
worten. Ja, ich habe die gleiche Meinung wie Luzius Peter. Vielleicht ist es nicht die politische Mei-
nung, dass Kinderbetreuung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie und vielleicht sogar Bildung,
1715 Aufgabe von der öffentlichen Hand ist. Aber da sind wir einfach anderer Meinung und wir setzen
uns auch dafür ein. Darum werden wir dieser Abschreibung nicht zustimmen. Die Ablehnung ab-
lehnen.

1720

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Bitte Monika Stampfli.

Monika Stampfli, GLP: Die Grünliberalen stehen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
Unterschiedliche Formen der Kinderbetreuung sind für eine Vereinbarkeit unerlässlich. Ein Postu-
1725 lat ist ein Prüfauftrag, der meines Erachtens der Gemeinderat insofern erfüllt hat, als er aufzeigt,
wie die Kitastruktur und die Kinderbetreuung in Nidau aussieht. Als ich vor über 15 Jahren zu-
sammen mit Firmen Kindertagstätten aufgebaut habe, war die Zeit noch eine andere. Viel zu we-
nige Kita Plätze waren damals eine grosse Herausforderung für die Eltern. Inzwischen sind dank

1730 Bundesanstossfinanzierung viele Kitas eröffnet worden und private Kitas konnten dank Betreuungsgutscheinen auch für den Mittelstand bezahlbare Kitaplätze anbieten. Diverse Gegebenheiten machen aber, dass es je nach Region aktuell keinen akuten Mangel an Kitaplätzen gibt. Im Gegenteil, es gibt heute Kitas, die mangels Auslastung wieder zumachen. Seit Covid mit Homeoffice oder wegen gestiegenen Lebenshaltungskosten oder auch der Möglichkeit, dass Kinder aus pädagogischen Gründen nicht mehr unbedingt 2 Tage in der Kita betreut werden müssen, sowie Ta-

1735 gesschulen und Ferienangebote, gibt es die Tendenz, dass Kita Plätze nicht mehr so gut ausgelastet sind. Heutzutage wird der Kitamarkt über private Anbieter betrieben. Die Fraktion der Grünliberalen sieht keinen Grund, dass Nidau hier vermehrt aktiv werden muss. Im Gegenteil. Die aktuell von der Stadt geführte Kita mit 11 bis 12 Plätzen würde eine betriebswirtschaftliche Kita nie betreiben, weil sich so wenige Plätze überhaupt nicht rechnen lassen. Dass man sie nur noch

1740 führt, damit im Fall eines Betreuungsnotstands die Kitaplätze für Nidauer Kinder reserviert werden könnten, hinterfragen wir und werden wir auch in der Budgetdebatte ganz klar einbringen. Das Postulat wurde als Motion formuliert. Es ist kein Prüfauftrag, sondern es wurde einen Auftrag an die Stadt erteilt. Das Postulat sehen wir als erfüllt, eine Motion lehnen wir ab.

1745 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke. Ich gebe das Wort an Amélie Evard. Nachher ist die Diskussion aber nochmals offen für Voten aus der Ratsmitte.

Ressortvorsteherin Bildung Kultur Sport, Amélie Evard: Ich möchte es nicht künstlich verlängern, ich habe aber noch zwei Replika. Zuerst bei Noemi Kallen. Es ist so, es wurde vorgängig

1750 so gemacht. BKS hat aber im Vorgang zur Beantwortung dieses Postulats mit dem Postulant Kontakt aufgenommen, um zu wissen, was das Anliegen ist. Darum haben wir es nachher bei diesem Postulat belassen und es nicht in eine Motion umgewandelt. Dort kann ich die Sorgen etwas nehmen, das haben wir vorgängig mit Luzius Peter so besprochen. Es ist mir aber auch noch wichtig zu sagen, dass die Schliessung vom anderen Kitastandort kein politischer Entscheid war, dass

1755 man Kitas privatisieren will. Ich glaube, diese Schliessung kam aus einer anderen Diskussion, nämlich was wir mit dieser Liegenschaft am unteren Kanalweg machen und wie es nachher weitergeht. Aufgrund von diesen hohen Kosten und den Umbaumaassnahmen ist es nachher dazu gekommen, dass wir sie geschlossen haben. Nicht weil Stadt Nidau Kitas privatisieren will. Das einfach auch zur Berichtigung, dass wir noch vom Gleichen sprechen. Darum haben wir auch ver-

1760 zichtet - ich habe es vorhin extra gesagt - den zweiten Standort unserer städtischen Kita zu schliessen. Weil es doch dem Gesamtgemeinderat ein Anliegen war, diese Leistung auch noch bieten zu können. Das einfach für die Berichtigung dieser zwei Punkte.

1765 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke Amélie Evard. Gibt es Voten aus der Ratsmitte? Dominik von Aesch.

Dominik von Aesch, SP: Betreffend Abbau möchte noch Stellung nehmen. Ich sehe es so, dass ein systematischer Abbau von diesen Kitaplätzen gemacht wird. Soweit, dass es nicht mehr rentiert. Und so weit sind wir ja jetzt, dass es nicht mehr rentiert und die Stadt legt drauf. Es gibt

1770 aber viele Kitas, die rentieren. Es wurde angesprochen, man müsste wieder hochfahren, damit überhaupt so eine Kita rentiert. Ich frage mich eigentlich in dieser Situation, wo das hinführt. Zwangsweise werden wir bald mal über eine Schliessung dieser Kita sprechen, wenn es nicht mehr rentiert und wir über Kosten sprechen. Das finde ich eigentlich ein Armutszeugnis für eine Stadt, die ja auch eine gewisse Verantwortung hat gegenüber Kindern.

1775

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke Dominik von Aesch, gibt es weitere Voten? Noemi Kallen.

1780 **Noemi Kallen, SP:** Ich muss doch noch ganz kurz etwas sagen. Beim ersten Eintretensvotum hat Gemeinderätin Amélie Evard gesagt, es sei nicht Absicht der Stadt, Kitas zu schliessen. Oder nein, es ist nicht Aufgabe der Stadt, Kitaplätze bereit zu stellen. Und im zweiten Votum hat sie gesagt, es sei nicht die Absicht, Kitaplätze zu privatisieren. Also für mich ist das irgendwie das Gleiche. Aber ich glaube, wir können zur Abstimmung fortschreiten.

1785 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke. Möchte jemand darauf reagieren? Wünscht Gemeinderätin Amélie Evard noch ein Schlusswort? Dies ist nicht der Fall. Damit schreiten wir tatsächlich zur Abstimmung. Wer das Postulat annehmen möchte, soll sich bitte erheben. Ich korrigiere: der Antrag des Gemeinderats ist Ablehnung und wir werden über diesen Antrag abstimmen.

Stadtratsbeschluss

1790 Ablehnung mit 14 Ja / 14 Nein / 1 Enthaltung (Stichentscheid Vorsitz)

18. I 148 Entreprises et COVID: quelles conséquences financières?

Ressort	Präsidentiales
Sitzung	12.09.2024

nid 0.1.6.2 / 8.5

1795 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Dann kommen wir zum Traktandum Nummer 18 der Interpellation 148 - Entreprises et Covid: Quelles conséquences financières. Das Wort hat die Stadtratspräsidentin Sandra Hess. Sie verzichtet auf ein Votum, die Interpellantin Pauline Pauli verzichtet auch auf ein Votum. Wünscht jemand eine Diskussion im Plenum? Dies ist nicht der Fall.

19. I 149 Förderabgabe auf Stromtarif

Ressort	Tiefbau und Umwelt
Sitzung	12.09.2024

1800 nid 0.1.6.2 / 8.9

1805 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Dann kommen wir zu den nächsten Traktanden. Es ist hier ein Fehler in der Sammelmappe, die Reihenfolge ist dort vertauscht. Massgebend für die Reihenfolge ist die vom Stadtratspräsidenten unterzeichnete Traktandenliste. Darum kommt jetzt das Traktandum 19, die Interpellation 149, Förderabgabe auf Stromtarife. Das Wort hat der zuständige Gemeinderat Tobias Egger. Tobias Egger verzichtet auf ein Votum. Möchte die Interpellantin Monika Stampfli etwas sagen? Monika Stampfli hat das Wort.

1810 **Interpellantin, Monika Stampfli:** Ich danke, dass meine Interpellation beantwortet worden ist und dass die Stadt aktiv diese Anpassung gemacht hat, damit wir nicht gesetzesbrüchig werden. Gerne möchte ich meine Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat noch mal motivieren oder die Angst vor dringlichen Interpellationen nehmen. Zeigt doch der Bericht auf, dass die Stadt bzw. der Gemeinderat schon vor meinem Verfasser der Interpellation eigentlich an der Sache dran gewesen ist. Dank einer Annahme der Dringlichkeit konnte sie zeigen, dass sie proaktiv unterwegs sind. Machen wir doch von dem Instrument der dringlichen Interpellation Gebrauch. Sonst hätte ich einfach eine einfache Anfrage gestartet und dann hätte der Gemeinderat überhaupt keine Chance gehabt, sich darauf vorzubereiten.

1820 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke. Wünscht jemand eine Diskussion im Plenum? Dies ist nicht der Fall. Wünscht Tobias Egger noch etwas zu sagen? Dem ist nicht so.

20. I 150 Massnahmen zur Erreichung der Ziele der Finanzstrategie

Ressort
Sitzung

Tiefbau und Umwelt
12.09.2024

nid 0.1.6.2 / 8.10

1825 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Dann gehen wir zu Traktandum Nummer 20 der Interpellation 150, Massnahmen zur Erreichung der Ziele der Finanzstrategie. Das Wort hat Gemeinderat Beat Cattaruzza. Beat Cattaruzza möchte nichts sagen. Der Interpellant René Dancet möchte auch nichts sagen. Wünscht jemand eine Diskussion? Das ist auch nicht der Fall.

Einfache Anfragen

1830 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Dann kommen wir zu den einfachen Anfragen. Vorab sind zwei einfache Anfragen eingegangen. Eine von Monika Stampfli und eine von René Dancet. Gibt es weitere einfache Anfragen? Marlene Oehme, Dominik von Aesch, Martin Fischer und Markus Baumann. Wir beginnen mit Marlene Oehme.

1835 **Marlene Oehme, EVP:** Ich wollte fragen, wie es um den Bewegungspark steht? Wann wird gebaut, wann kann man skaten?

1840 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke. Gemeinderat Tobias Egger wird diese Frage beantworten.

1845 **Ressortvorsteher Tiefbau und Umwelt, Tobias Egger:** Danke für die Anfrage. Ich muss ehrlich zugeben, es wäre wie Kaffeesatzlesen, wenn ich jetzt sagen würde, wann wir anfangen und wann wir genau zu bauen beginnen. Wir alle wollen es sicher so schnell wie möglich. Ich sowieso, ich habe mich sehr darüber gefreut, dass wir dieses Projekt überhaupt umsetzen dürfen. Wir haben jetzt gerade Anfang dieser Woche noch eine Sitzung gehabt mit dem Regierungsstatthalteramt, wo wir unsere Voranfrage besprochen haben und gewisse Schwierigkeiten noch anschauen konnten. Ich bin ziemlich zuversichtlich, dass wir eine Lösung gefunden haben, damit wir nachher ein Projekt haben, das am Schluss dann auch baubewilligungsfähig ist. Dann können wir anschliessend so bald wie möglich anfangen. Aber es ist auch klar, wenn wir es eingeben und bis wir die Bewilligung haben, das ist dann nicht mehr in unseren Händen. Es müssen noch gewisse Stellen angehört werden beim Kanton, die ziemlich stark ausgelastet sind und man weiss, dass sie nicht so schnell sind im Antworten. Aber wir setzen nach wie vor alles daran, dass wir es so schnell wie möglich umsetzen können.

1855 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke. Das Wort geht an Monika Stampfli.

1860 **Monika Stampfli, GLP:** Eine einfache Anfrage an Gemeinderat Tobias Egger, die mir aus der Bevölkerung herangetragen wurde. Wieso werden in der heutigen Zeit der Klimaerwärmung, 13 alte Linden an der Mittelstrasse geopfert? Ich hoffe die Person, die mich gefragt hat, schaut zu.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Gemeinderat Tobias Egger wird diese Frage beantworten.

1865 **Ressortvorsteher Tiefbau und Umwelt, Tobias Egger:** Danke für diese Frage. Ich möchte vorausschicken, ich weiss, es geistert ein Gerücht herum, dass wir in Nidau besonders gerne Bäume fällen. Das stimmt wirklich nicht. Wir fällen nicht ohne Not Bäume, denn es kostet viel Geld, ist

unbeliebt, macht oftmals nicht so Sinn, aber es ist einfach auch die Realität, dass man manchmal muss oder dass es fast keine andere sinnvolle Lösung gibt. Hier haben wir den Fall, dass wir mit der Mittelstrasse einen ganz speziellen Ort haben. Zum einen ist es ein Zentrum der Stadt Nidau, das wir gerne entwickeln möchten. Ein Kredit, der mit sehr grossem Mehr von der Stimmbevölkerung angenommen wurde. Dort war unter anderem auch die Ersatzbepflanzung, respektive die Fällung dieser Bäume drin. Also zum Sagen, es ist eigentlich relativ breit abgestützt und das ist auch schon lange bekannt, dass das so passiert. Und das andere ist speziell die Mittelstrasse, wenn man sie aufschneiden würde, ist sie eigentlich voller Leitungen. Dort hat es Wasser drin, es hat Strom drin. Diese Leitungen müssen wir ja sanieren, das ist der grosse Teil von dieser Neugestaltung des Projekts. Und ein Grund, weshalb die Leitungen beschädigt sind, ist eben grad, weil die Linden eine sehr starke Verwurzelung haben und die Leitungen so durchdrungen und Löcher verursacht haben. Das ist mal das eine, es ist nicht so schön, es ist nicht geeignet. Dieser Baum würde man heute nicht mehr dort pflanzen. Es macht in so einer Strasse und so einer Situation keinen Sinn. Und das andere ist, sie sind einfach in einem schlechten Zustand, es geht ihnen nicht gut. Man müsste sowieso früher oder später dort über eine Fällung nachdenken aus Sicherheitsgründen. Auch dort, es ist gut abgeklärt, es ist nicht einfach so pauschal, ja sie sind krank, wir wollen sie nicht mehr. Also es ist ein Entscheid, den man sich gut überlegt hat und es ist auch so, dass es insgesamt am Schluss viel mehr Bäume geben wird. Es wird ja nachher eine zweiseitige Baumreihe geben, eine Baumallee. Und vielleicht noch wichtig anzumerken, die Bäume im Bereich Stadtplatz bis Stadtgraben, dort hat es auch noch Kastanienbäume. Die können stehen bleiben, die bleiben auch und kommen nicht fort.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Die nächste Anfrage hat René Dancet.

René Dancet, GLP: Meine Frage, nicht unerwartet zur Budgetplanung. Die Frage ist, per wann kann der Stadtrat mit einem ersten konkreten Budgetvorschlag rechnen, der die Zielsetzung der Strategie berücksichtigt? Grund der Frage ist genügend Zeit zu haben, um die Vorbereitung zu machen.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Diese Anfrage wird beantwortet von Gemeinderat Beat Cattaruzza.

Ressortvorsteher Finanzen, Beat Cattaruzza: Guten Abend miteinander. Wir hatten gestern, ich hatte es erwähnt, mit der Finanzgruppe eine Sitzung und wir haben es dort angesprochen. Es war eine sehr gute Sitzung. Wir haben heute in enorm vielen Voten gesehen, wie die Finanzen ein ganz wichtiges Thema sind. Wir konnten gestern auch sagen, dass wir sicher das Budget soweit parat machen können, dass wir das nicht 14 Tage vorher zustellen können, sondern sogar einen Monat vorher, damit man wirklich genügend Zeit hat, das Budget auch klar anschauen zu können.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Das Wort hat Dominik von Aesch.

Dominik von Aesch, SP: Der Schulstart ist schon ein Moment her, aber trotzdem hat man gerade kurz vor Schulstart den Zebrastreifen in der Keltenstrasse weggeputzt. Das war ein unglücklicher Zeitpunkt für den Schulstart. Die Frage ist, wieso hat man dort nicht eine Signalisation gemacht, dass man den Verkehr auch dementsprechend darauf aufmerksam machen konnte?

1915 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke. Diese Frage wird beantwortet von Gemeinderätin Sandra Friedli.

1920 **Ressortvorsteherin Sicherheit, Sandra Friedli:** Der Zebrastreifen wurde im Rahmen der Umsetzung der Verkehrsberuhigung dritte Etappe entfernt. Das war von Anfang an so vorgesehen und auch in allen Plänen so drin. Der Zeitpunkt, bin ich nicht mehr ganz sicher, es war geplant, dass er in den Ferien weggenommen wird, damit es umgesetzt ist zu Schulbeginn. Es gab dort gewisse Verzögerungen. Es ist vorgeschrieben, dass man diese Zebrastreifen in der 30er Zone wegnehmen muss, die darf man nicht stehen lassen. Wir haben dafür, das war auch von Anfang an so geplant, den Wartebereich besser signalisiert und auch mit Poller ausgerüstet. Eine Signalisation ist allgemein nirgends vorgesehen, das existiert nicht. Das sind die Normen in den 30er Zonen.

1925 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke. Das Wort hat Martin Fischer.

1930 **Marin Fischer, FDP:** Während den Ferien konnte man der Zeitung entnehmen, dass grössere Städte Probleme haben, dass verschiedentlich in den Wohnquartieren campiert wird und Massnahmen ergriffen wurden. Ich war in den Ferien relativ viel hier in Nidau und bin im Quartier herumgelaufen. Im Allmattenquartier. Ich habe festgestellt, dass Nidau davon auch betroffen ist. Ist das dem Gemeinderat bewusst und was macht man?

1935 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke. Diese Frage wird beantwortet von Gemeinderätin Sandra Friedli.

1940 **Ressortvorsteherin Sicherheit, Sandra Friedli:** Nein, tatsächlich haben wir keine Kenntnis davon. Wir haben weder von der Bevölkerung noch von der Securitas oder der Kapo irgendwelche Meldungen diesbezüglich erhalten in dieser Zeit. Was ich sagen kann zur Präzisierung, die Römerstrasse ist Gemeindegebiet Port. Da kann ich nichts dazu sagen, ob sie vielleicht eine Meldung erhalten haben. Grundsätzlich ist es so, dass wenn Camper auf einem Parkfeld parkiert sind, ist das erlaubt. Das einzige, was nicht erlaubt ist, ist in diesem Camper dann auch zu übernachten. Das zu kontrollieren oder festzustellen ist nicht immer ganz einfach. Aber ganz klar ist, wenn man das feststellt, müsste man es unbedingt der Kapo melden oder allenfalls auch der Gemeinde. Das würde dann eine Busse zur Folge haben.

1950 **Stadtratspräsident, Stefan Dörig:** Danke. Die nächste einfache Anfrage kommt von Markus Baumann.

1955 **Markus Baumann, SVP:** Ich habe eine kurze Anfrage an unsere Stadtpräsidentin. Aus der Beantwortung der Interpellation 148 ist zu entnehmen, dass der Gemeinderat einen Mietzinserslass im Umfang von rund 29 000 Franken gewährt hat. Meine Frage dazu, um wen handelt es sich beim Mieter, dem man den Mietzinserslass gewährt hat und hat das der Gesamtgemeinderat entschieden?

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Das Wort hat Stadtpräsidentin Sandra Hess.

1960 **Stadtpräsidentin, Sandra Hess:** Ja, das hat der Gesamtgemeinderat entschieden im November 2021. Und der Mieter ist der Verein Dispo.

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Eine weitere einfache Anfrage kommt von Martin Schwab.

1965 **Martin Schwab, SP:** Es hat vor ein paar Wochen im Neubau Schulhaus Beunden gebrannt. Was ist dort der aktuelle Stand und weiss man schon etwas zur Brandursache?

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Diese Frage wird beantwortet von Gemeinderat Joel Schweizer.

1970

Ressortvorsteher Hochbau, Joel Schweizer: Die Brandursache wurde abgeklärt. Man geht von einem technischen Defekt aus. Und zwar nicht im Neubau selbst, sondern von einem Gerät, das dort gelagert wurde, vermutlich von Schülerinnen und Schülern. Man kann es aber noch nicht genau sagen. Es hat ein Zimmer mit Totalschaden, ein zweites ist auch stark betroffen und die Sanierungen von diesen zwei Zimmern werden jetzt in den Herbstferien angegangen, damit es nach den Ferien wieder in Betrieb gehen kann.

1975

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Danke. Damit wären wir durch mit den politischen Geschäften. Ich bitte noch um ein bisschen Geduld, wir biegen auf die Zielgerade.

1980

Mitteilungen

Stadtratspräsident, Stefan Dörig: Hinweise auf neue Vorstösse: Seit der letzten Stadtratssitzung wurden zwei Motionen eingereicht. Eine zur Attraktivierung der Strandbadöffnungszeiten und eine zur Attraktivierung des provisorischen Marktes auf dem Bibliotheksplatz.

1985

Dann habe ich noch eine Mitteilung: Wie auch schon erwähnt ganz am Anfang der Sitzung, zum beliebten Wochenmarkt, der diesen Sommer auf den Bibliotheksplatz verbannt wurde. Gleichzeitig wissen wir alle, macht Markus Keller, der normalerweise für Brot, Kaffee und Kuchen zuständig ist, macht eine Auszeit. Trotz Anstrengung der Stadt konnte kein Ersatz gefunden werden für Markus Keller. Dass die Nidauerinnen und Nidauer trotzdem, bis auf einmal, jeden Samstag ihren Kaffee auf dem Markt geniessen durften, ist den Stadtratsparteien zu verdanken. Herzlichen Dank an alle, die jeweils den Kaffeestand organisiert und besetzt haben. Ich danke auch dem Stadtratssekretariat für die Unterstützung. Mir ist es ein Anliegen dies zu würdigen, denn es zeigt, dass sich die politischen Parteien nicht nur viermal im Jahr treffen und ein bisschen diskutieren, sondern dass sie auch bereit sind, sich spontan für ein lebendiges und lebenswertes Nidau einzusetzen. Der Markt ist nur eines, aber ich finde, es ist ein schönes Beispiel dafür. Wer noch nie da war, den Stadtrat-Kaffeestand gibt es noch bis zum Zibelemärit. Kommt vorbei, zweimal am 28. September und am 12. Oktober wird uns die reformierte Kirchgemeinde Nidau ablösen. Auch dafür ein herzliches Dankeschön.

1990

1995

2000

Dies ist die letzte Sitzung von Stadtrat Oliver Grob. Lieber Oli, danke für dein Engagement in den letzten Jahren. Für mich warst du immer ein fester Bestandteil dieses Parlaments und auch ein Kollege, mit dem man trotz Meinungsverschiedenheiten immer angenehm diskutieren konnte. Danke auch dafür. Auf deinen Wunsch werden hier keine grossen Reden gehalten, ich nehme an, das ist allen genehm. Aber ein Applaus kriegst du trotzdem.

2005

Dann habe ich noch zwei Termine zu verkünden. Der eine ist am 12. Oktober, dann findet der Herbstmarkt in Schliengen statt. Sie haben diese Woche eine Einladung erhalten. François Zahnd

2010 wird die Nidauer Delegation anführen. Und am 19. Oktober ist der Ndauer Zibelemärit. Eine Ein-
ladung dafür wird folgen. Die Daten der Stadtratssitzung für nächstes Jahr sind online ersichtlich.
Der nächste Termin ist aber der «Apéro dinatoire», den wir gemeinsam mit den Kollegen und Kol-
leginnen aus Schliengen gleich im Anschluss an diese Sitzung im Dispo geniessen werden. Ich
möchte mich bei allen Beteiligten des heutigen Abends bedanken. Ich danke für die Geduld und
die Ausdauer. Die nächste Sitzung findet am 14. November, dann wieder Beginn 19 Uhr statt. Ei-
2015 nen schönen Abend und bis gleich im Dispo.

NAMENS DES STADTRATES

Die Präsidentin

Der Sekretär

Die Protokollführerin